

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 8  
Telefon: 27 Amt Dönhof 392 bis 397  
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 15 Pf.  
Druckbedingungen und Einzelgenossenschaft  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Der Reichstag hat:

das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten angenommen,  
das Amnestiegesetz angenommen,  
den sozialpolitischen Teil der Papen-Notverordnung vom 4. September aufgehoben.  
Die sozialdemokratischen Winterhilfeanträge und alle anderen Winterhilfeanträge in den Ausschuss verwiesen,  
sich selbst auf unbestimmte Zeit vertagt.

### Kurz und gut!

Drei nützliche und lehrreiche Sitzungen im Reichstag

Der Reichstag hat sich gestern vertagt. Wann er wieder zusammentritt, das wissen nur der liebe Gott, der Herr Brüning und der Herr v. Schleicher. Der Reichstanzler hat es nicht für notwendig gehalten, sich in feiner neuen Eigenschaft dem Reichstag vorzustellen, und der Reichstag hat es nicht für notwendig gehalten, den Reichstanzler zu fragen, wie er in der nächsten Zeit zu regieren gedenkt. Eine Mehrheit, bestehend aus Nationalsozialisten, Zentrum und Splittler, hat ihn ermächtigt, bis auf weiteres seines Amtes zu walten. Sie hat den Antrag der sozialdemokratischen Opposition, am Montag zum Zweck einer politischen Aussprache mit der Regierung eine Sitzung abzuhalten, abgelehnt. Sie hat sich damit in aller Form als Regierungsmehrheit betätigt.

Das soll nichts anderes sein als eine abjektive Feststellung. Daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion mit Willen und Bewußtsein den Übergang in das Regierungslager vollzogen hat, soll ebenförmig behauptet werden, wie, daß die Stellung, die diese Fraktion augenblicklich einnimmt, eine dauernde sein wird. Niemand wird jedoch widersprechen können, wenn wir feststellen, daß die Nationalsozialisten kein Wort gesprochen und keine parlamentarische Tat begangen haben, die etwa die Mißbilligung des Herrn v. Schleicher hätte finden können. Auch das ist nur eine Konstatierung, mit der kein Vorwurf verbunden sein soll. Herr v. Schleicher ist der Mann, der die SA wieder erlaubt hat, er ist der Mann des 20. Juli, und Adolf Hitler war bereit, mit ihm wie mit Herrn v. Neurath und mehreren anderen Papen-Ministern eine Regierung zu bilden. Wollte die NSDAP gegen einen solchen Kanzler Opposition mimen, so könnte das doch nur eine widerliche Komödie sein. Auf der anderen Seite jedoch hat die Hitler-Partei nicht den Mut aufgebracht, sich zu der alt-neuen Regierung einer „hauchdünnen Herrschicht“ offen zu bekennen — ja sie will es nicht einmal wahr haben, daß sie diese „feinen Leute“ toleriert.

Die Wahrheit scheint uns zu sein, daß diese Partei augenblicklich unfähig ist, zu manövrieren. Sie kann weder Regierungspolitik, noch Oppositionspolitik, noch Tolerierungspolitik treiben. Sie weiß überhaupt nicht, ob sie Fisch oder Fleisch, ob sie Männchen oder Weibchen ist. Um die ganze Wahrheit zu sagen: sie hat an diesen politischen wichtigen Tagen nicht nur nicht gegen die Regierung, sondern auch nicht „gegen den Margismus“ gekämpft, was doch sonst ihre Spezialität ist. Sie hat im Gegenteil mit den „Margisten“ zusammen politische Politik getrieben, soweit sie das eben tun durfte, ohne bei den höchsten Regierungskreisen unangenehm aufzufallen.

### Wer wird amnestiert?

Amnestiegesetz im Reichstag mit Zweidrittelmehrheit angenommen

Der Reichstag verabschiedete am Freitagabend nach vierstündiger Aussprache das Amnestiegesetz im wesentlichen nach den bekannten Ausschussbeschlüssen. Der nachträglich eingebrachte Zentrumsantrag fand nur insoweit Zustimmung, als er den sogenannten Zerlegungshochverrat von der Amnestie ausnimmt. Dagegen wurden die weiteren Forderungen des Zentrums, wonach u. a. auch Hochverrat und Meineid ausgenommen werden sollten, abgelehnt.

In dieser Fassung wurde der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung angenommen, und zwar mit 395 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 144 Stimmen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Volksdienstes, bei vier Stimmenthaltungen.

Die Zweidrittelmehrheit ist damit erreicht.

Die vom Reichstag beschlossene neue Amnestie ist die weitest gehende, die bisher nach 1918 gewährt worden ist. Grundsätzlich ausgeschlossen sind nur Verbrechen gegen das Leben, wenn dabei ein Mensch getötet oder verletzt worden ist; gemeingefährliche Verbrechen mit Todeserfolg, Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist; Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Verbrechen des schweren Raubes und hochverräterische Unternehmungen, die darauf abzielen, Reichswehr und Polizei zu zerlegen.

Im übrigen wird Straffreiheit gewährt für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe, z. B. Verkehrsstreik, begangen sind, ferner für Straftaten, die infolge wirtschaftlicher Not des Täters oder seiner Angehörigen, insbesondere Arbeitslosigkeit, verübt worden sind.

Bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not muß allerdings die Voraussetzung vorliegen, daß der Täter entweder gar nicht oder nur mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von insgesamt höchstens drei Monaten vorbestraft ist. Außerdem muß die weitere Voraussetzung erfüllt sein, daß die Strafe, die erlassen werden soll, entweder eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als sechs Monaten ist.

#### Wie wird amnestiert?

Die Straffreiheit bei politischen Straftaten unterliegt wesentlich geringeren Einschränkungen. Zwar hat der Reichstag davon abgesehen, eine sogenannte Totalamnestie zu beschließen, d. h. alle in diesen Fällen ausgesprochenen Strafen ganz zu

erlassen. Der Straferlaß richtet sich vielmehr nach der Höhe der Strafe.

Vollständig erlassen werden Strafen, wenn sie in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren allein oder nebeneinander bestehen. Ist vom Gericht eine höhere Strafe ausgesprochen, so wird sie zunächst um fünf Jahre gemindert, die dann übrig bleibende Reststrafe wird auf die Hälfte herabgesetzt. Dabei tritt an die Stelle von Zuchthaus die entsprechende Gefängnisstrafe. Wer z. B. wegen eines politischen Verbrechens zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hat nur noch 2½ Jahre Gefängnis zu verbüßen. Hat er schon einen Teil der Strafe verbüßt, so wird auch dieser Teil von der noch zu verbüßenden Strafe abgezogen.

Unter das Gesetz über Straffreiheit fallen aber nicht nur die Strafen, die von Gerichten bereits

verhängt worden sind, sondern auch Strafverfahren, die entweder erst eingeleitet oder noch nicht rechtskräftig abgeurteilt worden sind, außerdem Strafakten, bei denen ein Strafverfahren überhaupt noch nicht in Gang gekommen ist.

Strafverfahren, die wegen einer Straftat aus wirtschaftlicher Not eingeleitet sind, werden eingestellt, wenn nach Auffassung des Gerichts der Täter keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten zu erwarten hat. Auch in diesem Fall darf der Täter nur mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafen von insgesamt höchstens drei Monaten vorbestraft sein. Strafverfahren wegen politischer Straftaten werden eingestellt, wenn keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren zu erwarten steht. Ist eine schwerere

### Sozialdemokratischer Erfolg

Papen-Notverordnung im sozialpolitischen Teil aufgehoben

Der Reichstag hat am Freitag den sozialpolitischen Teil der Papen-Notverordnung vom 4. September mit den Stimmen aller Parteien bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen aufgehoben. Damit ist die Aktion, die die Sozialdemokratie am 12. September durch den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens begonnen hat, erfolgreich abgeschlossen. Das Verdienst, den mit dem sozialpolitischen Teil der Notverordnung verbundenen Anschlag auf die sozialen Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse abgewehrt zu haben, kann in erster Linie die Sozialdemokratie für sich in Anspruch nehmen.

Mit diesem Beschluß des Reichstags verschwindet aber nicht nur die in der Notverordnung vom 4. September enthaltene Generalmächtigung für die Regierung, jede ihr zuzugende Veränderung in der sozialpolitischen Gesetzgebung vorzunehmen, sondern es wird auch der Notverordnung vom 5. September der Boden entzogen. Diese Notverordnung brachte den Einbruch in das Tarifrecht, die zwangswelche Lohnkürzung bei Neueinstellung von Arbeitskräften bzw. Verkürzung der Arbeitszeit. Auch diese Bestimmungen, gegen die sich der unmittelbare Widerstand der Arbeiter sofort in zahlreichen Streikbewegungen äußerte, sind damit erledigt.

Der passive Widerstand, den die Regierung Papen dem sozialdemokratischen Antrag

auf Einleitung des Volksbegehrens entgegensetzte, hat zwar die Befolgung des sozialreaktionären Teils der Notverordnung verzögert, aber nicht verhindern können. Das gleiche ist von den Kommunisten zu sagen. Auch ihre Haltung war zwiespältig, unwahrhaftig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Statt das Verlangen der Sozialdemokratie nach einem Volksbegehren zu unterstützen, bekämpften es die Kommunisten. Sie lieferten der Regierung Papen damit erst die Möglichkeit, sich jeder Stellungnahme zu dem Volksbegehren-Antrag der Sozialdemokratie zu enthalten. Die Wahrung der Rechte und Interessen der Arbeiterklasse blieb auch in diesem Falle wie immer allein der Sozialdemokratie überlassen, die durch ihr Vorgehen auch die bürgerlichen Parteien zwang, von der brutalen Form der Reaktion, wie sie das Papen-Regiment verkörperte, abzurücken.

### Die Winterhilfe

Haushaltsausschuß berät am Montag

Der Haushaltsausschuß des Reichstags ist zu seiner ersten Arbeitssitzung für Montag nächster Woche, 11 Uhr vormittags, einberufen worden, um den ihm vom Plenum überwiesenen Beratungstoff, namentlich die Entwürfe über Winterhilfe, in Angriff zu nehmen.

Sie hat mit den Sozialdemokraten zusammen die Stellvertretung des Reichspräsidenten neu geregelt und damit eine wichtige Aenderung der Verfassung vorgenommen. Sie ist von rechts her — wie die Kommunisten von links her — willig auf die Plattform eines sozialdemokratischen Amnestievorschlags getreten, sie hat mit den Nazis zusammen den sozialpolitischen Teil der September-Berordnung aufgehoben. Sie war allerdings um keinen Preis dazu zu bewegen, die ganzen Notverordnungen aufzuheben oder auch nur in der Frage der Winterhilfe endgültige Beschlüsse zu fassen, denn sie fürchtete, daß Herr v. Schleicher ihr das übelnehmen könnte.

Noch nie erschien eine Partei in so kurzer Zeit so gänzlich verändert und umgewandelt wie die nationalsozialistische, und hätte sie

nicht aus Gründen der Tradition eine kleine Keilerei mit den Kommunisten veranstaltet, so wäre sie überhaupt nicht mehr zu erkennen gewesen. Des Rätsels Lösung ist: die Nationalsozialisten haben augenblicklich weder eine Straßer-Politik, noch eine Goebbels-Politik, sie haben überhaupt keine Politik. Und diesen Mangel zu verbergen, kommt ihnen die Vertagung des Reichstags gerade recht.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann man erfreulicherweise das genaue Gegenteil sagen. Sie hat eine sehr klare und entschiedene Oppositionspolitik getrieben, und sie hat zugleich bewiesen, daß eine solche Oppositionspolitik keineswegs eine Politik der Unfruchtbarkeit zu sein braucht. Sie hat es fertig gebracht, daß dieser Reichstag mit seiner antipar-

lamentarischen Mehrheit in drei kurzen Sitzungstagen Zeugnis ablegte für den Wert und die Bedeutung eines arbeitsfähigen Parlaments.

Die sozialdemokratische Opposition wird auch nicht dulden, daß das Schicksal des deutschen Volkes wieder auf unabsehbare Zeit in die Hand einer autoritären Ministerialbürokratie gegeben wird. Hat sie im Parlament nicht durchsetzen können, daß die Tagung noch vor Weihnachten weiter fortgesetzt wurde, so wird sie außerhalb des Parlamentes danach drängen, daß der Reichstag trotzdem sobald wie möglich wieder zusammentritt. Sie wird, wenn das nötig werden sollte, zu diesem Zweck auch an die Massen draußen appellieren gegen die Barone, gegen die hauchdünne Herrschicht, gegen das Regiment der feinen Leute, für das arbeitende Volk und sein Recht!



# Herriot außer Gefahr?

Schuldenzahlung wahrscheinlich — Stimmungsumschwung in der Kammer

Eigener Bericht des „Vormärts“

Paris, 9. Dezember.

Herriot hat am Freitag den Finanz- und den Auswärtigen Ausschuss der Kammer, die zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten waren, über das Schuldenproblem unterrichtet.

Der Ministerpräsident beleuchtete das Problem von der diplomatischen und finanziellen Seite aus. In dem ersten Teil seiner Ausführungen ging er auf die Geschichte der interalliierten Kriegsschulden bis zum Abschluß des Gentleman Agreement in Lausanne ein und erinnerte an die Bedingungen, unter denen das Hoover-Moratorium und das zwischen Hoover und Laval in Washington vereinbarte Kommuniqué zustande gekommen waren. Im zweiten Teil seines Vortrags legte der Ministerpräsident die Bedeutung der beiden französischen Noten an Amerika und der beiden amerikanischen Antwortnoten auseinander. Am Schluß schilderte Herriot die französisch-englischen Besprechungen über die am 15. Dezember fälligen Zahlungen und sprach sich dabei sehr anerkennend über die Haltung Englands gegenüber Frankreich aus. Herriot machte den Kommissionen keinerlei Andeutung über die Absichten der Regierung in bezug auf die Zahlung am 15. Dezember. Der Zweck seiner Ausführungen bestand darin, die Kommissionen in objektiver Weise über das Schuldenproblem zu unterrichten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die verschiedenen ihnen vorliegenden Entschlüsse genau zu prüfen. Die Mitglieder der Kommissionen gewannen jedoch aus den Erklärungen Herriots und besonders aus seiner Kritik der zwischen der Zahlung und der Zahlungsverweigerung liegenden Mittellösungen den Eindruck, daß die Regierung die am 15. Dezember fälligen 19 Millionen Dollar

unter der Bedingung bezahlen wird, daß sofort Verhandlungen mit Amerika über die Neuregelung des Schuldenabkommens eingeleitet

werden, die der durch die Beschlüsse der Lausanner Konferenz geschaffenen Lage Rechnung trägt.

In parlamentarischen Kreisen hat sich in den letzten 24 Stunden ein

bedeutender Meinungsumschwung

vollzogen. Während es noch vor zwei Tagen absolut sicher war, daß sich von über 600 Abgeordneten kaum 50 finden würden, die einen Antrag der Regierung auf Zahlung der am 15. Dezember fälligen Rate unterstützen würden, kann man jetzt sagen, daß mindestens 200 Abgeordnete die Zahlung an Amerika befürworten. Die radikale Partei mit ihren 160 Mitgliedern dürfte sich geschlossen hinter die Regierung stellen und auch in den Mittelparteien kann das Kabinett auf zahlreiche Stimmen rechnen. Der Meinungsumschwung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Regierung ihr Vorgehen mit ihrer Vereinbarung mit England begründet und erklärt, daß ein ablehnender Beschluß der Kammer zugleich eine Kündigung der englisch-französischen Zusammenarbeit bedeuten würde.

Amerikas Antwort an Frankreich

Paris, 9. Dezember.

Die amerikanische Antwort auf die zweite französische Schuldennote ist in der Nacht zum Freitag im Auswärtigen Amt eingetroffen. Auch darin lehnt Hoover jeden Zahlungsausschub der am 15. Dezember fälligen Schuldenrate ab, obgleich er den Wert der von Frankreich ange-

gebenen Argumente zu schätzen wisse und zugebe, daß das Sinken der Weltmarktpreise die sich aus dem Schuldenabkommen ergebenden Lasten bedeutend erhöht habe. Immerhin erklärt sich Hoover bereit, mit der französischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine Neuregelung des Schuldenabkommens in die Wege zu leiten. Diese Neuregelung schließt jedoch eine vollständige Annullierung der Schulden aus. Für Zugeständnisse die Amerika Frankreich eventuell machen müsse, Frankreich wirtschaftliche Kompensationen gewähren und sich auch in stärkerem Maße als bisher für die Abrüstung einsetzen.

Beschlüsse der Parlamentsausschüsse

Paris, 9. Dezember.

Der Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten und der Finanzausschuss der Kammer haben getrennt über ihre Haltung zur Schuldenfrage beraten. Der Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat drei Möglichkeiten ausgeschlossen, nämlich:

1. die bedingungslose Zahlung.
2. Die Zahlung mit Vorbehalten nach englischem Muster und
3. Die Zahlungsverweigerung schlechthin.

Er hat dagegen mit 21 Stimmen bei drei Enthaltungen eine Formel angenommen, die eine bedingte Zahlung vorsieht, und zwar bedingt durch die Einberufung einer Konferenz, die mit der Revision des Schuldenproblems beauftragt werden muß.

Strafe zu erwarten, so wird das Verfahren zunächst fortgesetzt, d. h. der Täter wird abgeurteilt. Das Gericht darf aber keine schwerere Strafe verhängen als bei Anwendung der Straffreiheitsbestimmungen für bereits abgeurteilte Straftaten übrig bleiben würde. In dem oben gezeigten Beispiel darf also der Täter nicht zu zehn Jahren Zuchthaus, sondern nur zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Stichtag 1. Dezember

Die Straffreiheit in allen Fällen erstreckt sich nur auf Straftaten, die vor dem 1. Dezember 1932 begangen worden sind.

Darüber, ob ein Täter unter die Amnestie fällt, entscheiden die Gerichte. Ist die Tat noch nicht abgeurteilt, muß ein Antrag auf Einstellung des anhängigen Verfahrens beim zuständigen Gericht gestellt werden. Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt.

In Privatbeleidigungssachen, z. B. Beleidigungsprozessen, werden die Kosten des Verfahrens niedergelassen. Die dem Privatkläger und dem Beschuldigten erwachsen notwendigen Auslagen kann das Gericht angemessen verteilen oder einem von ihnen ganz auferlegen.

Die Amnestie ist erwachsen aus dem Gedanken, der ungeheuren wirtschaftlichen Not im deutschen Volk und unseren zerrütteten politischen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Geht es, auf beiden Gebieten alsbald zu besseren Zuständen zu kommen, so ist der schwere Eingriff in die Strafrechtspflege, den sie darstellt, hinreichend gerechtfertigt!

## Wer wird frei?

Ein erster Ueberblick

Die unumgänglich notwendig eine weitgehende Amnestie war, zeigt allein schon die fällige, lange nicht erschöpfende Durchsicht der in den letzten Monaten gefällten Urteile. Sie hat folgendes Ergebnis:

1. Am 11. Mai wurden vom Schöffengericht Großenhain vier Reichsbannerleute zu ein bis zwei Jahren Zuchthaus wegen Bandfriedensbruchs verurteilt.

2. Am 8. Juni wurde vom Amtsgericht in Braunschweig ein Jungbannermann zu ein Jahr Gefängnis verurteilt, weil er einem provozierenden Rassisthüler das Mühenabzeichen abgerissen hat.

3. Am 20. August fällt das Sondergericht von Brieg das Ohlauer Sprengensurteil, durch das drei Reichsbannerkameraden zu Zuchthausstrafen von zwei bis vier Jahren und zwei Eisenfront-Deute zu Gefängnisstrafen von einem bis anderthalb Jahren verurteilt wurden.

4. Am 21. August wurde Mag. Rothe vom Berliner Sondergericht wegen versuchten Totschlages in Tateinheit mit Bandfriedensbruch zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Rothe fällt unter die Amnestie, da laut Feststellung des Urteils der Schuß, den er abgefeuert haben soll, niemanden getroffen hat.

5. Am 24. September wurden acht Reichsbannerleute vom Sondergericht Siegnitz zu Gefängnisstrafen von drei bis sieben Monaten verurteilt.

6. Am 8. September 15 Reichsbannerleute von Sondergericht Breslau zu vier Monaten.

7. Am 12. September ein Reichsbannermann vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Verstoßes gegen die Notverordnung über unbefugten Waffenbesitz zu ein Jahr zwei Monaten Gefängnis.

8. Am 14. Oktober drei Reichsbannerleute vom Schöffengericht Freiburg zu je ein Jahr Zuchthaus.

9. Am 22. Oktober in Hannover drei Reichsbannerleute zu je drei Monaten Gefängnis.

10. Das Sondergericht in Gladbach-Rheydt verurteilte am 23. November den Reichsbannermann Karl Klein wegen Bandfriedensbruchs und Räubersführerschaft zu 10 Jahren Zuchthaus. Das Gericht selbst befürwortete ein Gnadengesuch. Der Staatsanwalt hatte 1 Gefängnis beantragt. Auf Grund der Amnestie beträgt seine Strafe nun 2½ Jahr Gefängnis.

11. Am 26. November verurteilte die Strafkammer im Landgericht III den Reichsbannermann Reich zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Reichsbannerleute Neumann und Borchard zu 6 resp. 4 Monaten Gefängnis.

12. Das Gericht in Greifswald verurteilte am 26. November den sozialdemokratischen Bandarbeiterführer Töpfer zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis, drei weitere Angeklagte zu 3 bis 6 Monaten Gefängnis. Es handelte sich dabei um den Selbstschuß beim Ueberfall der Nazis auf das Kinderfreundelager bei Regaft.

13. Das Landgericht Jhehoe verurteilte am 3. Dezember 18 Reichsbannerleute, die bei der Verurteilung des von Nazis getöteten Jungbannermanns Jäger sich der Nationalsozialisten erwehren, zu Gefängnisstrafen von 3 bis 10 Monaten.

14. und 15. In den Bandfriedensbruchprozessen in Finow und Schow wurden zahlreiche Reichsbannerleute zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre verurteilt.

Dies ist nur ein ganz geringer Teil von Reichsbannerkameraden, Eisenfront-Deuten und Sozialdemokraten, die durch die Amnestie entweder aus den Zuchthäusern und Gefängnissen befreit werden oder ihre Strafe nicht anzutreten brauchen.

## Der Krach um Hitler

Organisatorische und personelle Aenderungen in der NSDAP.

Die innere Bewegung in der NSDAP geht weiter. Die Briefe Strahers und Feders haben bereits Andeutungen über organisatorische Fragen gemacht. Eine Erklärung Röhm's an die SA läßt erkennen, daß Hitler große Veränderungen plant. Diese Erklärung lautet:

„An die SA und SS! Der Führer wird, veranlaßt durch die Beurteilung Gregor Strahers, eine Reihe organisatorischer und personeller Aenderungen in der Gliederung der Bewegung durchführen. SA und SS werden durch diese Maßnahme nicht berührt. Als die Kerntruppe der Bewegung stehen sie, ihrer Verpflichtung und Verantwortung bewußt, in Treue und Geschlossenheit vor dem Führer. Der Chef des Stabes (gez.) Ernst Röhm.“

Da werden offenbar noch mehrere Leute einer Krankheit nach Röhm bekommen! Der Schluß der

Röhm'schen Erklärung unterstreicht sich im übrigen von anderen Lokalitäts-Ärklärungen! Alle stehen hinter dem Führer, die SA aber vor dem Führer! Das klingt, als ob Hitler durch die Prätorianer vor den Rebellen geschützt werden müsse.

Gottfried Feder hat am Freitagnachmittag die folgende Lokalitäts-Ärklärung abgegeben:

„Gegenüber den in der Öffentlichkeit verbreiteten Meldungen und unzutreffenden Auffassungen über mein Verhältnis zur NSDAP und über meine Haltung gegenüber ihrem Führer Adolf Hitler gebe ich die Erklärung ab, daß ich auf Ehre und Gewissen mit Treue und unerwackelter Ergebenheit hinter meinem Führer Adolf Hitler stehe.“

Dadurch werden die sachlichen Punkte seines Schreibens an Hitler nicht berührt. Tatsache ist,

daß die von ihm geleitete Wirtschaftsabteilung ebenfalls aufgelöst werden soll.

daß die von ihm geleitete Wirtschaftsabteilung ebenfalls aufgelöst werden soll.

Die Reichstagsfraktion der NSDAP ist gestern abend nochmals zu einer geschlossenen Kundgebung zusammenberufen worden. Sie sollte eine neue caesaristische Rede Hitlers im Sch-Still entgegennehmen.

## Völkerbund weicht aus!

Entscheidung

über die Mandschurei wieder vertagt

Eigener Bericht des „Vormärts“

Genf, 9. Dezember.

Trotz aller Reden der Vertreter kleinerer Staaten hat sich die Völkerbundsvollversammlung am Freitag vor den Drohungen Japans und der ausweichenden Taktik der Großmächte in das übliche Verfahren zurückgezogen. Alle Reden und Anträge wurden dem Neunzehnerausschuss überwiesen, der Vorschläge für eine Lösung des Mandschureikonflikts im Sinne einer Verständigung zwischen den Parteien ausarbeiten und der Vollversammlung in möglichst kurzer Zeit überreichen soll. Im Januar soll dann ein Verständigungskomitee zusammentreten, dem wahrscheinlich auch Sowjetrußland und Amerika angehören werden.

Die Vollversammlung vertagte sich bis auf weiteres. Vorher wurde noch mit 42 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung die Ernennung des Franzosen Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes ab 1. Juli 1933 bestätigt und der auscheidende Generalsekretär Sir Eric Drummond mit der Feststellung geehrt, daß er sich verdient gemacht habe um den Bund und den Frieden. Sein Bild soll im Versammlungssaal aufgehängt werden.

Der Radikale Landtag stimmte am Freitag in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf über die Kirchenverträge zu.

## „Zwei Lebende und ein Toter“

unser neuer Roman, der ab Sonntag erscheint, ist verfaßt von Sigurd Christiansen, der fast über Nacht in die erste Reihe der nordischen Erzähler rückte. Er wurde 1891 in der norwegischen Hafenstadt Drammen geboren und ist dort heute Postexpeditor. Sein Roman, der ihm zwei erste Preise eintrug, geht auch von einem Postamt aus. Scheinbar ist es ein Kriminalroman, er hat all das Spannende dieses Genres, aber aus dem Kriminalfall wird alsbald ein tiefes seelisches Problem, das uns bis zur letzten Zeile nicht mehr losläßt. Christiansen ist nicht nur ein interessanter Erzähler, sondern auch ein meisterlicher Gestalter.

ein Seelenkünstler und ein Kämpfer um Gerechtigkeit!



# Amnestie angenommen

Sozialverschlechterungen aufgehoben

In der Ratsberatungsdebatte des Reichstags sprach am gestrigen Nachmittag zunächst Abg. Tamm (Z.): Die Arbeiter denken heute schon darüber nach, wie es kommt, daß es ihnen am schärfsten geht gerade in der Zeit, in der die Kommunisten und die Nationalsozialisten zusammen die Mehrheit im Reichstag haben. Die Arbeiterschaft empfindet es als bitteres Unrecht, daß der Reichspräsident dem Papen-Kabinett Generalvollmacht zum Abbau der Sozialpolitik gegeben hat. Diese Generalvollmacht muß aufgehoben werden. Das Wirtschaftsprogramm des Papen-Kabinetts kann die Wirtschaftskrise nicht beheben, denn wir leiden ja nicht an mangelnder Produktion, sondern an mangelndem Absatz. Der Redner empfiehlt den

sozialpolitischen Gesetzentwurf des Zentrums, wonach die für Lohnprämien vorgesehene und durch Streichung der Einstellungsprämie freigebliebene Summe für Arbeitsbeschaffungszwecke verwendet werden, die Kürzung der Sozialrenten aufgehoben und die sozialen Einrichtungen ohne Befähigung der Ansprüche und Rechte vereinfacht und verbilligt werden

lassen. Die Finanzämter sollen angewiesen werden, bei Ausgabe von Steuergutscheinen für Mehrbeschäftigung Mißbräuche zu verhindern. In einem weiter vom Zentrum beantragten Gesetzentwurf wird die Streichung des sozialpolitischen Teils der Ratsverordnung vom 4. September gefordert.

Abg. Bausch (Christl. Volksdienst) hält der Papen-Regierung einen wenig rühmlichen Nachruf. Dr. Schmidt (Dnat.) und Dr. Hugo (D. Vp.) bemühen sich, ihre Parteien als ehrlich arbeitersfreundlich hinzustellen.

Abg. Schuhmann-Berlin (Koz.) verteidigt die Stellung seiner Partei im Verkehrsstreik und beschuldigt die KPD, des Streikbruchs. (Stürmischer Widerspruch der Kommunisten, andauerndes Gegenüberreden der Koz. und der Komm.) Der Redner wirft der KPD, außerdem Denunziation eines Nazi-Führers an die Polizei vor. Die schreiend widersprechenden Kommunisten werden von einem Nazi-Abgeordneten als Judenjungen bezeichnet. Schuhmann schließt mit der Forderung nach Wiederherstellung geordneter Zustände, so daß das marxistische Treiben unmöglich werde. Damit schließt die Debatte. Es folgen

## sonderbare Abstimmungen

Die Deutschnationalen erklären, sich bei verschiedenen Anträgen, die nur agitatorischer Natur seien, der Stimme zu enthalten.

Der Gesetzentwurf des Zentrums zur Abänderung der Ratsverordnung wird mit offen gegen die deutschnationalen Stimmen verabschiedet. Durch diesen Beschluß werden die sozialpolitischen Verschlechterungen vom 5. September aufgehoben; wird dieser Reichstagsbeschluß Gesetz, so ist der sozialdemokratische Volksentscheid überflüssig geworden.

Nun will Vizepräsident Effer weiter so verfahren, daß zuerst die Änderungs- und Ergänzungsanträge zu den Ratsverordnungen zur Abstimmung kommen und hinterher erst die Anträge, die die Aufhebung der Ratsverordnungen verlangen, obgleich selbstverständlich die Aufhebungsanträge weitergehen als die Ergänzungsanträge.

Gegen diese Vorgehensweise des Vizepräsidenten, die der Praxis des Hauses zuwiderläuft,

wenden sich sehr entschieden die Abgg. Löbe für die Sozialdemokraten und Torgler für die Kommunisten. Auch Abg. Aufhäuser (Soz.) greift wiederholt in diese Auseinandersetzungen ein, die mehrmals zu erregten Szenen führen. So auch, als Vizepräsident Effer erklärt, dieses Vorgehen mit Parteiführern verabredet zu haben. Die Kommunisten nehmen diese Worte mit großem Darm auf, der von einer Reihe Nazis sofort übernommen wird. Sie verstummen aber bald, als ihr Fraktionsführer mit dem Antrag herausrückt, den sich Vizepräsident Effer gleich zu eigen macht, alle noch vorliegenden Ergänzungs- und Aufhebungsanträge samt und sonders den zuständigen Ausschüssen zu überweisen. Damit wollen die Nazis für sie höchst peinlichen Abstimmung entgehen. Sie haben im Laufe dauernd geschrien, die Ratsverordnungen müßten alle weg — nun aber wollen sie sie aus Gründen der Tolerierung und der Regierungsfähigkeit gar nicht mehr abschaffen. Darum soll die Abstimmung im Plenum vermieden werden.

Abg. Aufhäuser (Soz.) stellt fest, daß den Bauaufträgen der sozialdemokratischen Fraktion nichts von derartigen Absichten gesagt worden ist, als sie sich nach dem weiteren Geschäftsgang erkundigten. (Stürmisches Hört, hört! und erregte Rufe links. Zahlreiche Kommunisten werfen dem Vizepräsidenten vor, die Unwahrheit gesagt zu haben. Man hört auch Zurufe: „Lügner!“)

Die Abgg. Löbe (Soz.), Aufhäuser (Soz.) und Torgler (Komm.) verlangen wiederholt und entschieden, daß zunächst über die Aufhebungsanträge und auch über alle übrigen im Plenum abgestimmt werde.

Es folgt zunächst der sozialdemokratische Antrag betreffend die Winterhilfe für die Arbeitslosen.

Vizepräsident Effer erklärt unter Hinweis auf den in der Rats-Brüning angenommenen § 48a

der Geschäftsordnung, daß Anträge mit finanziellen Konsequenzen nicht ohne Ausschußberatung zum Beschluß erhoben werden dürfen. Der sozialdemokratische Antrag wird mit 295 gegen 206 Stimmen bei 43 Enthaltungen in namentlicher Abstimmung dem Haushaltsausschuß überwiesen. Für die Ueberweisung haben die Nazis und das Zentrum sowie die kleineren bürgerlichen Parteien gestimmt, enthalten haben sich die Deutschnationalen, während die Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Ueberweisung gestimmt haben, damit die Winterhilfe sofort vom Plenum in Kraft gesetzt werde.

Abg. Löbe (Soz.) verlangt, daß die Ausschußberatung schnellstens erfolge, daß aber auch das Plenum noch im Dezember zusammentrete, denn sonst könnte die Winterhilfe erst nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages beschlossen werden, der sich ja heute noch vertagen soll bis in den Januar.

Vizepräsident Effer sagt schnelligste Ausschußberatung zu, erklärt aber, daß man über die Wiederaufnahme der Plenarsitzungen nachher beschließen werde (Große Unruhe links).

Nun verweisen Kommunisten und Nazis auf ihre Winterhilfeanträge, deren sofortige Inkraftsetzung durch das Plenum ohne Ausschußberatung sie verlangen. Da Frid behauptet, der Ratsantrag enthalte keine finanziellen Konsequenzen, stellt Löbe aus diesem Antrag fest, daß er Winterhilfe durch Naturalisierungen der Bauern und Handwerker verlangt, die durch Anrechnung auf die Steuern dieser Kategorien bezahlt werden sollen. Dabei handelt es sich um Leute, die doch wegen ihrer Kotlage kaum Steuern zahlen können. Wenn bei irgendeinem Antrag Ausschußberatung unentbehrlich ist, dann bei diesem wirren Antrag. (Heitere Zustimmung.)

Der Nazi-Antrag wird in einfacher Abstimmung dem Ausschuß überwiesen. Die Kommunisten aber bestehen auf namentlicher Abstimmung über ihre Winterhilfeanträge. Auch sie werden dem Ausschuß überwiesen.

Nun folgen die Aufhebungsanträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Vizepräsident Effer schlägt auch hier Ueberweisung an den Ausschuß vor. Auf Verlangen der Kommunisten wird namentlich abgestimmt und diese Forderung der Nazis vor der Offenbarung ihrer Doppeltzungigkeit mit 298 gegen 203 Stimmen bei 48 Enthaltungen beschlossen.

Auch die weiteren Anträge gehen an den Ausschuß. Nun folgt eine

## Debatte über das Explosionsunglück von Premnitz

Abg. Hell (Komm.) führt unter dem Widerspruch der Nazis die 30-Farben-Diende, die Aufsichtsratsbesetzung von 10 000 R. usw. als Beweis für die Ausbeutung in dem Premnitz-Werk an. Als er es eine Schande nennt, daß die Nazis sich vor diese Zustände stellen, brüllen diese „Haus!“ Präsident Göring beruhigt sie mit der Mitteilung, er habe den Redner schon darauf aufmerksam gemacht, daß er ihm das Wort entziehen werde, wenn er sich noch das geringste „zuschulden kommen lassen werde“. Später brüllt ein Nazi wieder den Redner an, und als die Kommunisten schockartig antworten, fordert Präsident Göring sie auf, nicht Töne von sich zu geben, die man sonst auf dem Jahrmarkt höre.

### Abg. Ebert (Soz.)

begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Feststellung der Unfallursachen, entsprechende Vorbeugungsmaßnahmen und Unterstützung der Opfer. Er führt aus, daß das Unglück mit Nationalisierung usw. nichts zu tun habe, denn es sei nicht in der chemischen Produktion vorgefallen, sondern durch Explosion einer Sauerstoffflasche, die von Behältern des Schmelzwerks zur Reparaturarbeiten transportiert wurde. Wenn der Redner sich darüber beschwert hat, daß der Betriebsratvorsitzende eine Betriebsverammlung nicht einberufen wollte, so wird das aus dem gleichen Grunde geschehen sein, aus dem die Belegschaft einen kommunistischen Abgeordneten nicht empfangen wollte, weil die Arbeiter die agitatorische Ausnutzung eines so bedauerlichen Unglücks mißbilligen. (Lärm der Komm.) Auf die Gefahren in der chemischen Industrie, deren schnelle Entwicklung die Unfallverhütung nicht folgen konnte, haben die Gewerkschaften oft genug hingewiesen. Aber alle vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen sind rechtzeitig ergriffen worden. (Ein Kommunist wird wegen des Zurufs „Unternehmertum“ zur Ordnung gerufen. Andere rufen „Agent der 30-Farben“ usw.) Die Gewalt der Explosion läßt vermuten, daß dabei noch andere Ursachen mitgewirkt haben, die leicht Explosionsstoffe, die aus der Kriegszeit in diesem Fabriksteil noch vorhanden waren, der seither noch nicht wieder beseitigt worden ist. (Zurufe der Kommunisten: So ein Schwindler!)

In Premnitz wird ein kommunistisches Flugblatt verbreitet, worin die Explosion auf das Konto des japanischen Imperialismus gehoben wird, der sich China mit Krieg überziehe und nur darauf warte, über die Sowjetunion her-

# Die Beurlaubten



Hitler: „Nu gehn die weg. Versteh ich nicht. Haben der Straßer und der Feder so lange umsonst auf meine Machtergreifung gewartet, können sie doch auch noch weiter warten.“

zufallen. Dazu stellt der Redner die Erklärung des japanischen Vertreters Matsuda in der Völkerversammlung über das große Verständnis der Sowjetunion für das japanische Bedürfnis nach dem Besitz der Mandchurie und seine Ankündigung des Abschlusses eines russisch-japanischen Nichtangriffspaktes in Verbindung.

was große Heiterkeit und wütendes Geschrei der Kommunisten zur Folge hat. In dem System der Beurlaubung in Premnitz weiß Abg. Ebert die Reformbedürftigkeit dieses Zustandes nach. In Premnitz ist auch eine besonders schikanöse Arbeitstempoberechnung in Gebrauch; sie wurde zuerst angewandt in der Continental-Gummifabrik in Hannover, nachdem dort ein Kommunistenputz die gewerkschaftliche Macht vernichtet hatte. (Neues Gebrüll der Kommunisten.) Der Redner fordert das Haus auf, den sozialdemokratischen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall der Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Reden des Abg. Wagner-Westfalen (Koz.) und des Abg. Tammel (Z.) wird der kommunistische Antrag nach Ablehnung einer Ausschußberatung mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten angenommen, jedoch unter Ablehnung der Forderung, daß der Betrieb bis zum Abschluß der Untersuchung geschlossen werden solle.

Nun folgt die zweite und

### dritte Lesung der Amnestieentwürfe.

Abg. Löbe (Soz.) beantragt Unterbrechung der Sitzung, damit die Fraktionen zu dem sehr wichtigen neuen Antrag des Zentrums Stellung nehmen können, der — entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung — den „literarischen Hochverrat“ (durch Zeitungsartikel und durch Zerlegungspersuche in Polizei und Reichswehr) von der Amnestie ausnehmen will.

Ferner will dieser Antrag die Höchstgrenze der vollkommen zu erlassenden Strafen von 5 auf 2 Jahre herabsetzen, ferner Meineid und alle Taten, die von Rohheit, niedriger Gesinnung oder Gewinnlust zeugen, nicht amnestizieren.

Nach halbständiger Unterbrechung der Sitzung berichtet Abg. Dr. Hoegner (Soz.) über die Ausschußberatung.

Abg. Dr. God (Dnat.) bekämpft die Amnestie aus Gründen der Rechtsautorität und nennt sie eine Strampelbewegung des hoffnungslos toten Frosches „Deutscher Parlamentarismus“.

Abg. Kosta (Komm.) spricht deshalb dem Redner jeden Kontakt mit der Volkstimmung ab, die das stärkste Mißtrauen gegen die Justiz hege. Da er Hindenburg für die Schreckens- und Schandurteile verantwortlich macht, wird er zur Ordnung gerufen. Dem Zentrumsantrag hält er entgegen, daß ein Soldat wegen Hochverrats verurteilt worden ist, weil er die Broschüre Scheinringers über seinen Weg zur KPD gekauft habe. Schließlich deutet der Redner jedoch an, daß die Kommunisten auch für diese unzureichende Amnestie stimmen werden, die z. B. den zum Tode verurteilten Bartel-Chemnitz nicht umfakt.

### Abg. Dr. Marum (Soz.):

Die grundsätzlichen Bedenken gegen Amnestierung von Gewalttätern und Verleumdern bestehen bei uns fort. Jede Amnestie beeinträchtigt die Autorität des Rechts. Aber jetzt ist eine Amnestie nötig, weil die Gerichte mit so ungeheurer Härte vorgehen. — Allerdings erst, seitdem die autoritäre Staatsform gekommen ist; früher waren sie nicht bereit, den Staat zu schützen. Es wird mit zweierlei Maß gemessen. Der größte Teil der Richter ist gewiß nicht bewußt parteilich. Aber die Hochverratsjustiz des Reichsgerichts mißt mit zweierlei Maß. Der Vorhelfer Dr. Best und Genossen sind außer Verfolgung gesetzt worden. Hier hat sich der

Oberreichsanwalt mehr als Verteidiger, denn als Ankläger betätigt. (Präsident Göring ersucht einen so hohen Beamten nicht derartig anzugreifen.)

Drei Jahre überlegt sich die Reichsanwaltschaft schon die Hochverratsanfrage gegen Dr. Gorbels, aber zahlreiche kommunistische Redakteure sind wegen eines oder mehrerer Artikel als Hochverräter beurteilt worden.

Vom 2. Strafsenat des Reichsgerichts und seinem Vorsitzenden, dem Senatspräsidenten Dr. Witt erläßt ich mit vollem Bewußtsein, daß sie mit zweierlei Maß messen. (Ordnungsru.) Dr. Witt hat sich 1922 geweigert, als Richter in den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik einzutreten, weil er diese Republik nicht schützen könnte. (Hört, hört!) Achtung der ehrlichen Ueberzeugung, aber mit dieser Ueberzeugung kann man nicht dem höchsten Gericht angehören! (Sehr wahr!) Witt und sein Senat sind verantwortlich für jenes Urteil, das den ostpreussischen Rittergutsbesitzern einen übergesetzlichen Rußland zubilligt, wenn sie Geheimverbindungen treffen und sich zusammenschließen gegen die Steuereintreibung.

Ich schäme mich, Jurist zu sein, wenn solche Urteile gefällt werden können. Die Amnestie ist notwendig als Korrektur der Fehl- und Mißurteile.

Einzelbegnadigungen würden durch die Kommisariatsregierung in Braunschweig, Thüringen, Anhalt und Mecklenburg ausgetilgt werden. Ich habe nicht das Vertrauen, daß diese Regierungen gerecht und unparteilich entscheiden. (Zuruf rechts: Das ist ein Kompliment für diese Regierungen!)

Man hat sich längst Amnestie auch ohne Beleg verschafft. Im vorigen Reichstag sah der Abgeordnete Moder (Naziabgeordneter Moder ruft: hier!) In diesem Reichstag sitzt kein Bg. Brzejan. Beide wurden in den Ueberwachungsausschuß entsendet, um durch dauernde Immunität vor wohlverdienten Strafen gesichert zu sein. (Gebrüll rechts: Wader.) Persönlich halte ich Waders Tat für falsch, aber es besteht ein großer Unterschied (Zuruf rechts: Daß er ein Jude ist, und die anderen nicht!), daß Wader mutig für seine Tat eingestanden ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Wir bedauern, daß hier nicht eine Front der anständigen Menschen möglich ist, die den politischen Mord verurteilt, aber wir wollen nicht mitmachen, daß solche Täter amnestiert werden.

Den Zentrumsantrag lehnen wir ab. Gemiß muß der Staat gegen die Zerlegung seiner Machtmittel geschützt werden. (Nazi-Rufe: Dittmann 1917!) Aber die unerhörte Rechtsprechung des Reichsgerichts erfordert eine Korrektur.

Der Staat muß sich gegen Hochverrat wehren — oder nicht nur gegen kommunistischen.

Den Deutschnationalen hält der Redner vor, daß sie im Preussischen Landtag mit den Nazis zusammen eine Amnestie beschlossen haben, die alle politischen Verbrechen, auch den Hochverrat, amnestiert. Den Kommunisten ruft der Redner zu, daß sie für das Zustandekommen des Amnestiegesetzes mit verantwortlich sind. Schließlich fordert Marum die Aufhebung der Nazi-Terror-Verordnung mit ihren ungeheuren Strafen und der Sondergerichte. Er schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieses Amnestiegesetz den Anfang mache zur Entspannung der politischen Kämpfe, zum Verschwinden des Terrors und des politischen Mordes aus Deutschland. (Lebh. Beifall und Handklopfen links.)

Abg. Dr. Frank II (Koz.) behauptet, Marum habe mit seiner ungeheuerlichen Herabwürdigung deutscher Richter Zerlegungsarbeit gegen die



Am meisten freuen sich, wenn er spiegelglatt wird beim Rasieren mit

**Moussin's Jgemo-Rasiercreme!**

grosse Tube nur **75**

normale Tube nur **44**



Zustiz geleistet. Auf gleicher Höhe steht die meiste Behauptung, im Vergleich zu den Nationalsozialisten hätten die Kommunisten kein Recht, sich über die Justiz zu beklagen. Schließlich tritt er für einen Antrag ein, auf Landesverrat Todesstrafe zu legen.

Abg. Dr. Graf (Bayer. Vp.) erklärt, daß seine Fraktion die Amnestie ablehnt, weil eine Reichsammnestie sich nur auf Reichsgerichtsurteile erstrecken, aber nicht in die Landesjustiz eingreifen dürfte.

Abg. D. Strathmann (Chr. Soz.) fordert Ausschließung des Zerlegungshochverrats und jedes Landesverrats von der Amnestie.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Änderungsantrag des Zentrums wird von den Nationalsozialisten, den Sozialdemokraten und den Kommunisten abgelehnt, doch verheßen die Nationalsozialisten der Ausschließung des Zerlegungshochverrats von der Amnestie zur Annahme gegen Sozialdemokraten und Kommunisten. Mit dieser Aenderung wird der Ausschlußentwurf angenommen.

In der dritten Beratung erklärt Abg. Torgler (Komm.), daß sie auch dieser unzureichenden Amnestie mit ihrer Bez. Scheringer im Interesse der Gefangenen zustimmen, aber weiter für Vollamnestie kämpfen werden.

Abg. Dr. Wegmann (Z.) kündigt unter „Auf“ rufen der Kommunisten an, daß die Zentrumsfraktion wegen der Ablehnung des größten Teils ihres Antrages gegen die Vorlage stimmen wird. Das gleiche erklärt für die Christlich-Sozialen der Abg. D. Strathmann. Darauf wird die

Ausschlußvorlage in namentlicher Abstimmung mit 395 gegen 144 Stimmen bei 4 Enthaltungen, also mit mehr als Zweidrittelmehrheit, verabschiedet.

Die Tagesordnung ist erledigt.

### Nächste Sitzung unbestimmt

Zur Frage der nächsten Sitzung erklärt Staatssekretär Brand von der Reichstanzlei: Die Reichsregierung ist entschlossen, Maßnahmen für eine besondere Winterhilfe zu treffen, soweit es die Finanzlage zuläßt; sie wird sich be-

mühen, im Ausschuß zu einer Verständigung mit den Parteien des hohen Hauses über das Ausmaß dieser Aktion zu gelangen.

### Abg. Löbe (Soz.):

Diese Mitteilungen sind so unbestimmt, daß der Reichstag sich sein Mitbestimmungsrecht in dieser wichtigen Angelegenheit nicht nehmen lassen sollte. Ich schlage daher vor, daß die zuständigen Ausschüsse morgen beraten und der Reichstag am Montagvormittag zusammentritt mit der Tagesordnung: Dritte Lesung des Gesetzes über Winterhilfe, Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Die dazwischenliegenden Tage dürften genügt haben, daß das Kabinett sich über eine solche Erklärung verständigen konnte und am Montag sein Programm unterbreiten kann. Die Regierung hat sich hier sehr mangelhaft vertreten lassen. Wir bitten, daß das in Zukunft anders wird und daß die Regierung sich nicht durch einen Herrn vertreten läßt, der oft auf der Regierungsbank allein gesessen hat, und der wohl auch nach der Meinung des Reichstanzlers vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig eine Rolle gespielt hat, die ihn nicht dafür qualifiziert, hier die Regierung zu vertreten. (Diese Kennzeichnung des Herrn Gottscheiner wird durch türkischen Beifall der Sozialdemokraten unterstrichen.)

Abg. Torgler (Komm.) beantragt für die nächste Sitzung, Montag, 15 Uhr: Richtersantrag gegen Schleicher-Regierung, kommunistische Reichsanträge.

Abg. Löffel (Soz.): Aus der Presse erfahren wir, daß Krankheitsurlauben an Abgeordnete erteilt wurden. Ich frage, ob weitere derartige Urlaube vom Reichstagspräsidenten oder von Herrn Adolf Hitler erteilt werden. (Große Heiterkeit. — Geschrei der Nationalsozialisten.)

Die Anträge Löbe und Torgler werden bei Enthaltung der Deutschen Nationalen vom Zentrum und der Rechten abgelehnt und der Präsident ermächtigt, die nächste Sitzung einzuberufen.

Schluß 20.45 Uhr.

## Klagges, Kube und Erdöl Nazis vernebeln die Wahrheit

In einem Antrag im Preussischen Landtag hat sich der Abgeordnete Kube wieder einmal als Vorkämpfer für die nationale Wirtschaft aufgepielt. Nachdem er trüffelt hat, daß die in der Nähe von Königs-Lutter Erdöl-Bohrungsversuche antretende englische Gesellschaft Anglo-Persian Oil Co. ihre Bohranlage trotz der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie aus Kumanien bezogen und außerdem von dort Fachpersonal genommen habe, verlangt der nationalsozialistische Fraktionsführer vom preussischen Staatsministerium die Verhängung einer Einfuhrsperre über ausländisches Bohrmaterial, die Unterbindung der Anstellung von Ausländern in der Erdölbauindustrie und die Kündigung der ausländischen Angestellten bei den ausländischen Erdölgesellschaften.

Der Antrag ist ein Musterbeispiel nationalsozialistischer Demagogie, denn ausgerechnet der Reichsminister Klagges hat im Jahre 1932 der oben genannten Gesellschaft im braunschweigischen Lande die Genehmigung zur Erdöl-Bohrung und -Förderung erteilt. Es ist nicht darüber bekanntgeworden, daß Herr Klagges gegen die Verwendung von ausländischem Fachpersonal und Bohrmaterial, die er jederzeit unterbinden könnte, auch nur protestiert hätte. Seine Parteifreunde haben auch nicht daran gedacht, die Geschäftspraxis der internationalen Firma durch einen Antrag im allein zuständigen Braunschweigischen Landtag zu stören. Genauso zu juristisch betreiben sich die ostpreussischen Nazis der dem Reichstanzlern gehörenden Gewerkschaft Rudolf I gegenüber, die Kube in seinem Antrag ebenfalls anführt. Es ist charakteristisch für das nationalsozialistische Doppelspiel, daß sie in dem einen

Sande großmächtige Anträge für die Befange der deutschen Wirtschaft einbringen, in den Ländern jedoch, wo ihre Minister amtieren, nichts gegen internationale Geschäfte einzusetzen haben.

## Was Harzburg war?

### Ein Harzburger sagt es uns

Ueber die Bedeutung der Harzburger Front läßt sich im „Reichswart“ des Grafen Rosenlöw ein wackerer Nazimann folgendes wachen vernehmen:

„Was ist eigentlich die Harzburger Front? Eine Heiratsvermittlungsgesellschaft verfuhrte eine Kuppelerei, mußte aber gleich nach der ersten Begegnung die völlige Inkompatibilität des Mannes feststellen, während das Weibchen mit Zwickelbart und Feldwebelkollare verfuhrte, die Hosen anzuziehen. Der Mann ging und das Weib keifte, nachdem Liebesfesseln nichts halfen. Die Nationalsozialisten lehrten den Halb- und Halb-Deutschen den Rücken. Und der Kuppel — zu suchen in der verdinglichten rechtskapitalistischen Presse — hatte das Nachsehen.“

Eine schlechthin erschöpfende Charakteristik, der wir weiter nichts hinzuzufügen haben!

Polizei gegen KPD-Druckerei. In Breslau wurde überreichend von der Polizei eine geheime Druckerei der KPD. ausgehoben. Es wurden zahlreiche Druckschriften beschlagnahmt. Ein Drucker wurde verhaftet.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage  
Hierzu 2 Beilagen

Der „Südwärter“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Südwärter-Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ / Bezugsstellen: Wilmersdorf 75 Pf., monatlich 2,25 M. (banon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlen. Bezugspreis 1,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühr und 30 Pf. Postgebühren. Postanschrift: Südwärter, Wilmersdorf 75 Pf. Die ein malige Wilmersdorf-Beilage 1,00 M. Kleinanzeigen 1,00 M. „Kleine Anzeigen“ das selbige 2,00 M. jedes weitere Wort 10 Pf. Redakt. Post. Bezugspreis über 12 Wochen im Voraus für zwei Monate. Anzeigenpreis: Wilmersdorf 2 Pf. Familienanzeigen Wilmersdorf 10 Pf. Anzeigenpreise im Hauptgeschäft 10 Pf. wochentlich von 15 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abänderung nicht gebundener Anzeigen vor. / Verantwortlich für Inhalt: Rudolf Bernheim, Wilmersdorf 75 Pf. Anzeigenpreis: Gewerkschaftsbeilage: 3. Steiner: Wilmersdorf: 10 Pf. Bezugspreis: 2,00 M. und Sonntags: 1,00 M. Anzeigen: 10 Pf. Sonntags: 10 Pf. / Verlag: Südwärter-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Südwärter-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68. Abenteur. 2.

Am 8. Dezember ist meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Frau **Anna Maack** von uns gegangen. In tiefer Trauer **Wilhelm Maack und Kinder.** Bin.-Wilmersdorf, Kaiserallee 173a.

Theater, Lichtspiele usw.

staats Theater  
Sonnabend, den 10. Dezember  
Staatsoper Unter den Linden  
19 1/2 Uhr  
Der Rosenkavalier  
Staatliches Schauspielhaus  
19 Uhr  
Faust I. Teil

SCALA  
Tägl. 8 u. 9 1/2 Uhr  
Märchen  
mit Ernst Matray, Maria Solvig, Katta Stern, MAREK WEBER  
u. a. p. Fast-Programm!

PLAZA  
Alle Sonn. 11. u. 12. Uhr  
Musikantenklub

Metropol-Theater  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Weben  
Frei:  
Maffary  
Eine Frau, die weiß, was sie will!

Walzertraum  
Sonntag, 8 Uhr

Schiller  
Bismarckstr. (Kiel)  
Stempel (C 1) 6710  
5 1/2 zum 26. Male  
Robert und Bertram  
Galen, Paul Waldmann, Julia Steinhilber  
Sonntag u. Montag 4 Uhr  
Alfred Braun  
Dr. Dollittals Abenteuer

Taglich Winter Garten  
8 u. 15  
Drei Codonas  
6 von d. Staatsoper  
Naitto's + 3 Haldors  
Angoly's usw.  
Sonnabend und Sonntag  
auch 4 Uhr zu Kl. Preisen  
Flora 3434. Rauchen etc.  
Das führende Variete

VOLKSBUHNE  
Theater am Bülowplatz  
Norden 6130. Täglich 8 1/2 Uhr  
Das neue Paradies  
von Julius Hay  
Regie: Heinz Hilpert  
Maurus, Wohlbrück, Dahlke, Horney

Kabarett für Alle  
Täglich 8 u. 9 Uhr  
Das sensationelle Kabarett-Programm  
Abendpreise 1—3 Mk.  
Nachm. Gedeck 1,25  
Jeden Sonntagabend 11 1/2 Uhr: Nachburettel

städt. Oper  
Charlottenburg  
Fraunhofer 0231  
Sonnabend, 10. Dez.  
20 Uhr  
Turnus IV  
Martha  
Roziczka u. G., Pfah, Pataky, Andersen, Dirigent: Ludwig

Rose-Theater  
Ordn. Fraunhofer Straße 131  
Tel. Weidol 67 3432  
5 Uhr  
Aschenbrödel  
8.18 Uhr  
Böhmische Musikanten  
11.30 Uhr  
Die ungekübte Eva

Theater im Admiralspalast  
Merker 9901  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Hans Albers Liliom

Kurfürstend.-Th.  
Kurfürstendamm 209  
Tel. Bism. 1409  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
Glückliche Reise  
von Turich und Sverdrup  
Kurtz: Eisecke  
Regie: Preussler  
Hans Schindler  
mit seinen Jazz-Symphonikern  
Vorstellung ununterbrochen

Deutsches Künstler-Th.  
Nürnberg Str.  
Tel. Bavaria 6466  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
Leopoldine Konstantin  
in: Die Nacht  
zum 17. April  
Schrodt, Stefbeck  
Geddr, Brönne, Wöhe, Pict

6 1/2 Uhr CASINO-THEATER 6 1/2 Uhr  
Lohringer Straße 37  
Sonnags auch nachmittags 4 Uhr  
Schlager-Posse  
Alles um Lotti  
mit Gesang und Tanz  
Für die Leser Gefächeln 1—4 Personen.  
Parkett nur 0,50, Fauteuil nur 0,75.  
Sessel 1,25 M. Auch Sonntags abends.

Nur noch 2 Wochen  
DROSSES  
SCHAUPIELHAUS  
DER  
Studentenprinz  
Sonntag, nachm. 3 Uhr billige Preise  
Heute 14 Uhr:  
Rosinchen's wunderbare Reise  
Ein Weihnachtsspiel für Kinder  
Preise von 60 Pf. ab

Komödienhaus  
Schiffbauerdamm 25  
Tel. 91. Weid. 1004-06  
Nur noch heute  
und morgen  
8 Uhr  
Gestern  
und heute

Lessing Theater  
Nur noch 3 Tage  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Grete Mosheim  
Oskar Homolka  
in  
Pygmalion

B. B. B.  
Bendows Barde Bühne  
Kathariner Straße 4  
Oberbaum 5900

„Von A-Z“  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Scan. nachm. 8

Stettiner Sänger  
Reichshallen-Theater  
Dönhofsplatz  
8.15  
zu ermäß. Preisen.  
Gefährliche Nachbarschaft  
und das neue Weihnachtprogramm.

Einfamilienhäuser  
evtl. für 2 Familien  
3 1/2 Zimmer, Bad, Stall, 400 qm  
Garten zum 1. Januar und 1. April 1933 zu vermieten.  
Mietpreis 77 M. monatlich. Außerdem  
2-Zimmer-Wohnung mit Zu-  
gehör. Mietpreis 57 M.  
Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“  
e. o. m. b. H.  
Bin.-Bohnendorfer, Paradiesstraße 8,  
Tel. F 3 Grünau 6307.

Verkaute  
Kuchenthe  
über 100 u. 100 Pf.  
Waffelmaschinen,  
Lebensmittel, trans-  
portable Kochtöpfe,  
Brotbacken-Deisen,  
Schälmaschinen, etc.  
Die alte  
Firma Grammes  
und Wendt,  
Friedrichstraße 30,  
Sonntags F 7 0651  
Kaptein  
Friedr. Hofmann-  
straße 9  
Kleiderstoffe,  
Wäsche usw.

Wien getragene  
Kochgeschirre  
von Millionen  
Kocher, Wandöfen,  
Fischkessel, etc.  
Die alte  
Firma Grammes  
und Wendt,  
Friedrichstraße 30,  
Sonntags F 7 0651  
Kaptein  
Friedr. Hofmann-  
straße 9

Möbel  
Kleiderkasten,  
Schreibtische, etc.  
Die alte  
Firma Grammes  
und Wendt,  
Friedrichstraße 30,  
Sonntags F 7 0651  
Kaptein  
Friedr. Hofmann-  
straße 9

Berrenzimmer  
30-130 Kubikmeter  
toren 100, 120, 140,  
160, 180, 200, 220,  
240, 260, 280, 300,  
320, 340, 360, 380,  
400, 420, 440, 460,  
480, 500, 520, 540,  
560, 580, 600, 620,  
640, 660, 680, 700,  
720, 740, 760, 780,  
800, 820, 840, 860,  
880, 900, 920, 940,  
960, 980, 1000

Kaufgesuche  
Schneebälle,  
Waffelmaschinen,  
Lebensmittel, etc.  
Die alte  
Firma Grammes  
und Wendt,  
Friedrichstraße 30,  
Sonntags F 7 0651  
Kaptein  
Friedr. Hofmann-  
straße 9

Ihr Schneider  
Wohnhaus,  
Reichmannstr. 10,  
10. Monnatsstr.  
10. —, Berlin SW 10

Arbeitsmarkt  
Stellenangebote  
Schriftlicher  
nach: Junge Be-  
rufer als Schrift-  
führer auf Post  
bei Berlin, besten  
Bedingungen, Verpfle-  
gung, Gehalt; ver-  
langt flottes, fehler-  
freies Tippen  
mit selbständigen  
Arbeiten. Be-  
gehungen unter  
1937 an die Be-  
ruferstelle des Ver-  
werbers senden.

Mengenabgabe vorbehalten  
Verkauf soweit Vorrat

# Ausnahme-Preise für beliebte Weihnachts-Geschenke

Elegante Strass-Abendkette 0,95  
Puderdose  
ca. 8 cm Ø, mit extra Innen-  
deckel, Spiegel und Quaste,  
mod. Lackfarben, besonders  
elegante Ausführung ..... 2,95  
Damen - Armbanduhr  
echt Silber, mit Kipsband,  
gutes Werk, 1 Jahr Garantie 4,75  
Besorgungstasche  
aus echtem Vollrindleder,  
Silberfarb, mit Reißver-  
schluss und Stofffutter ..... 2,85  
Fasche Derby-Tasche  
echt ostind. Saffianled., innen  
mit weißer, bügelbüchsen,  
mit geflochtenem oder ver-  
stellbarem Saffiangriff ..... 4,85  
Einrichtungskoffer  
ca. 40 cm groß, echt Voll-  
rindleder, mit 11 schönen  
Necessaire-Teilen, komplett 11,90

Zur Weihnachtsfreude gehören Tietz-Geschenke!

# T I E T Z

Geschenk-Gutscheine an allen Kassen

Unsere Häuser sind morgen Sonntag  
von 3 bis 7 Uhr geöffnet



# Einzug in die Stadtrandfiedlung

### Die ersten Tage sind die schwersten Tage

Ohne Einzugsanzug und Festreden, die auch wenig am Plage gewesen wären, ist der Siedler auf seine neue Scholle gezogen. Der letzte Möbelwagen, der durch die Lächer auf der ausgefahrenen Bohlenfahrt holperte, beschloß eine Kette von Aufregungen, die jeder in seinem Leben nicht zweimal erleben möchte. Doch haben solche Erlebnisse die Eigentümlichkeit, daß man sich an sie gewöhnt, wenn sie etwas alltäglich Wiederkehrendes geworden sind. So wird sich auch die innere Untertreibung des Stadtmenschen zum Siedler sicher nun in aller Stille vollziehen. Sowie hat jeder Erwerbslosensiedler während der dreizehntägigen Aufbauarbeit gelernt, selbst mit Hammer und Säge, mit Spaten und Hacke umzugehen.

Nur die wenigsten erwerbslosen Siedler hatten es sich leisten können, einen richtigen Möbelwagen für ihre Sachen zu bestellen. Die sonderbarsten Behälter wadelten heran, auf denen hochgestapelt wie der schiefe Turm von Pisa der Hausrat verpackt und verschürt war, denn selbstverständlich hatten die Wohlfahrtsämter, die für die Umzugskosten aufstamen, nicht allzu große Summen ausgegeben. Zu allererst sah auf einem quergebundenen Sofa das Kind oder die Frau, die einen Käfig mit der Kanarienvogelstube oder eine Kasse trampfhaft auf dem Schoß hielten. An diesen Tagen glich die Stadtrandfiedlung mehr einem Ort, der seinen Auszug halten will; wie nach einem Brand oder einer Rosenzmission lagen Möbel und der ganze Schmutz zwischen Sauschutt und dem mickrigen Grün der künftigen Gärten verstreut, weil sich die Kräfte nicht so schnell durch die schmalen Türen in die kleinen Häuser verfrachten ließen. Dazu kam, daß in der teils richtigen, teils falschen Erkenntnis, ein Siedler könnte alles gebrauchen, was beweglich ist, viel Unnützes mitgenommen worden war; ja,

viele alte Laubenkolonisten hatten auf einem Anhänger gleich den früheren Gärten mit Laube, Bäumen, Sträuchern und Kaninchenställen aufgeladen. Leider ist dieser Konflikt von dem Einzug der Siedler, der Verstopfung auf den Wegen, dem Fluchen der Aufsicher, dem Weinen und Schreien der Frauen von keiner Fingergeschicklichkeit ausgenommen worden, er wäre ein besonderer Kulturbeitrag für das Museum der Neuzeit gewesen.

Natürlich zeigte sich, daß alle Berechnungen des Familienoaters, der doch in eigener Person das Haus mit aufgebaut hatte und seine Maße in- und auswendig kannte, gar nicht stimmten. Die Betten ließen sich in der kleinen Kammer von zirka neun Quadratmetern nicht zusammenstellen, wie man es in der Berliner Wohnung gewöhnt war. Der große Kleiderschrank ging auch nicht hinein, wenn der Raum für ein Kinderbett benötigt wurde. Waschtiselle und Nachttische mußten im Stall Unterkunft finden, wo sie wohl heute noch stehen werden. Der Schrank kam also in die „gute Stube“ von zwölf Quadratmetern Ausmaß, die durch diesen Zuwachs die hier getroffenen Dispositionen auch nicht verlor. Muttters Nähmaschine wurde zu ihrem größten Sammer als überflüssiges Möbel erklärt und die schönen Beluchtsstühle mußten ebenso auf den Boden wandern wie andere nützliche Dinge. Die Küche mit zirka sieben Quadratmetern war der letzte Zufluchtsort, der alles noch aufnahm, was aus dem großen Chaos zu retten war; das übrige wurde auf den Hausboden verpackt, wo es für lange Zeit verstaubt und unauffindbar bleiben wird. Trotzdem haben es einige musifreudige Siedler fertiggebracht, in ihre Stube ein Klavier, ein „Trumeau“, Sofa mit Umbau, Plüschfessel und das unumgängliche Grammophonfränkchen hineinzupropfen, so daß

man hier freilich keinen Schritt vor den anderen legen kann. Dieses Abstrahieren alles Ueberflüssigen von des Lebens Bequemlichkeit hat gewiß etwas Erzieherisches, nur bekommt diese weise Einrichtung einen bitteren Beigeschmack, weil die Beschränkung gerade den Kernsten, den Arbeitslosen, auferlegt wird. Tatsächlich hat auch fast keine Stadt in Deutschland so eng und un bequem ihre Stadtrandfiedlungen gebaut wie ausgerechnet Berlin. Es haben zweifellos jene Kollegen das große Los gezogen, die aus einer engen Hinterwohnung von Stube und Küche oder gar aus Kellerwohnungen hierher zogen, wie auch einer dabei war, der aus einer „Zell“stodt kam, um mit einem Schlag zum Hausbesitzer zu avancieren. Solche Siedler werden nun von den anderen wegen des „vielen Raumes“ in ihrer Wohnung beneidet.

Der Umzug ist zu Ende. Andere Sorgen haben Platz gegriffen. Das wirkliche, das große Glück wird erst dann in der Stadtrandfiedlung einziehen, wenn der Siedler wieder Arbeit und Verdienst findet. Es ist vorauszusehen, daß dann viele Siedler zu einer Großstadtwohnung zurückkehren. Denn man muß mit einer allgemein verbreiteten Vorstellung einmal aufräumen, daß der Erwerbslosensiedler in der Stadtrandfiedlung vorläufig besonders billig wohne. Neben dem vielen Heizmaterial, das er verbraucht, hat er dauernde und oft recht erhebliche Aufwendungen zu machen, die sich fast dem städtischen Hauszins gleichstellen. So mußte er in eine nur halbgeheizte Wohnung ziehen und die Farben für Türen, Fußböden, Treppen u. a. selbst kaufen. Jetzt hat man ihn mit einem Stamm Hühner beglückt, die er im Winter durchfüttern muß, obwohl sie nicht legen. Es gehört eben doch sehr viel dazu, um eine eigene Siedlungswirtschaft beginnen zu können.

## Unglücklicher vor Gericht Die Frau erstochen

Vor dem Landgericht II schilderte ein unglücklicher Mensch die Geschichte seiner kurzen Ehe. Er erzählte, wie es dazu kam, daß er in der Erregung seine Frau niederschlug.

Der 30jährige Schuhmacher E. hat über Menschen und Dinge viel nachgedacht. Er besitzt ernste Grundzüge und hat vom ehelichen Zusammenleben eine hohe Meinung. Seine erste Ehe verlief mehr oder weniger glücklich. Seine Frau starb, im September 1931 lernte er die zweite Frau kennen, fünf Monate später heiratete er sie. Er verschwiegte ihr nicht, daß er einmal wegen eines Trunkenheitsexzesses vorbestraft sei, sie aber verheimlichte ihre Vorstrafen, zeigte sich auch sonst vor der Ehe anders, als sie in Wirklichkeit war. Das eheliche Leben mit ihr wurde für einen Mann mit den Grundzügen des Angeklagten zur ständigen Qual. Er war gezwungen, über sich allen Hausnachschub zu lassen, mußte mit der Frau stundenlang im Café sitzen, er durfte kein Wort zu Hause sagen, keine Frage stellen, sofort gab es Streitigkeiten. 20 Mark Wirtschaftsgeld pro Woche waren ihr zu wenig. Sie wollte ewig ausgehen, sie gab auch Anlaß zu Mißtrauen und belog den Mann. Als dieser wegen eines erneuten Alkoholerzesses, — als Epileptiker verurteilt er nicht das Trinken — nach Wittenau gebracht wurde, nahm sie ihn nach zwei Wochen aus der Anstalt, trotz der Warnung des Arztes. Im Falle der Wiederholung eines Trunkenheitsexzesses wurde mit

einem Entmündigungsverfahren gedroht. Jetzt hatte die Frau den Mann in der Hand. Sie drohte immer wieder mit Wittenau. Als am 16. September die Frau während des Streits wieder mit der Drohung kam, erklärte er, „jetzt mache ich Schluss“ und ging aus dem Hause. Aus Brandenburg schrieb er an die Frau, sie möge nicht glauben, daß das ein Scherz sei, wenn sie den Brief erhalten würde, würde er nicht mehr am Leben sein. Zwei Tage blieb er von Hause fort. Am 19. September lernte er in

einem Lokal in Steglitz einen Landsmann kennen, trank mit ihm und beschloß nun, nach Hause zu gehen, sich hier auf eine Chaiselongue zu legen und sich mit einem Messer die Pulsadern zu öffnen. Das erste, was er auf dem Tisch erblickte, waren ein Blumenstrauß und zwei Kaffeetassen. Er ging in die Küche, die Frau folgte ihm, sagte zu ihm, jetzt geh ich aber zur Polizei, jetzt werde ich es dir besorgen; ihn packte die Wut, die Angst vor der Irrenanstalt, er stach nach ihr mit dem Messer. Wie alles vor sich gegangen ist, dessen

kann er sich nicht mehr genau erinnern. Das Messer mag er schon in der Hand gehabt haben, um sich damit selbst das Leben zu nehmen. Er stellte sich der Polizei, die Frau starb im Krankenhaus nach einer Operation.

Medizinalrat Dr. Frommer wollte für den Angeklagten den § 51 nicht gelten lassen. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Totschlages fallen und beantragte wegen Körperverletzung mit Todeserfolg anderthalb Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

## Todesurteil

### Gegen den Giftmörder Just

Görlitz, 9. Dezember.

Im Klein-Partwitzer Giftmordprozeß wurde nach fünfjähriger Verhandlung das Urteil gefällt. Der Angeklagte Eduard Just wird wegen Mordes in vier Fällen, begangen an seiner zweiten Frau, an seinem Schwager Christian Groba, an Frau Groba und dem Kinde Groba viermal zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm viermal auf Lebenszeit aberkannt. Wegen einer weiteren Vergiftung (Türke) wird der Angeklagte wegen Totschlages zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last. Der Verurteilte nahm das Urteil ziemlich gefaßt auf.

In der Urteilsbegründung wurde betont, daß der Angeklagte auf Grund seines Geständnisses in vier Fällen des Mordes schuldig sei. Auf Grund der Bemeiselaufnahme sei das Gericht gleichfalls zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Angeklagte die Taten mit voller Ueberlegung ausgeführt hat. In allen Fällen komme als Beweggrund Habgier in Frage. Außerdem spielen bei der Vergiftung der Familie Groba auch sexuelle Motive eine Rolle, da Just die Familie Groba beiseitigen wollte, um die Kleintier heiraten zu können. Den Schwiegeroater Türke, mit dem sich der Angeklagte gut stand, habe er nur leicht vergiftet, so daß er deshalb nur wegen Totschlages zu bestrafen sei.

## Benzinerexplosion!

### Zwei Frauen verletzt

In der Fabrik für Kunst- und Maschinenfabrik der Firma Stöck u. Sauerbiff in der Kommandantenstr. 10/11 ereignete sich gestern ein schwerer Arbeitsunfall, bei dem zwei Angestellte verletzt wurden.

In einem Sonderraum, der für Reinigungszwecke hergerichtet und von der Gewerkepolizei genehmigt ist, war die 42 Jahre alte Plätterin Gertrud Knappe aus der Berrastrasse in Neutölln mit Reinigungsarbeiten beschäftigt, wozu Benzin verwendet wurde. Aus noch ungeklärter Ursache entzündeten sich die gefährlichen Benzindämpfe explosivartig. Durch eine Stichflamme wurde die Einrichtung des Raumes in Brand gesetzt. Es wäre trotzdem noch alles gut abgelaufen, wenn die Plätterin sofort den brennenden Raum verlassen hätte. Statt dessen versuchte sie das Feuer zu löschen, um die wertvollen Stoffe zu retten. Dabei gingen ihre Kleider Feuer und lichterloh brennend lief die Unglückliche auf den Flur hinaus. Die Expedientin Käthe Peterson aus der Hohenstaufenstr. 10 eilte der Verunglückten zu Hilfe. Das junge Mädchen erlitt bei ihren tapferen Rettungsversuchen selbst erhebliche Verbrennungen an den Händen.

## Weihnachtsmarkt ab Sonntag

### Auch die Weihnachtsbäume sind da

„Ein Troschen die laufende Maus“ — wird es am kommenden Sonntag, dem „Silbernen“, wieder durch die Straßen und über die Plätze Berlins hallen, wenn der Weihnachtsmarkt eröffnet wird. Die Tage vom 11. bis 27. Dezember hat die Polizei für diesen traditionellen Markt freigegeben. Hauptsächlich im Osten, in der Petersburger und Warschauer Straße, aber auch überall in der Stadt, wo der Verkehr nicht behindert wird, werden die Buden mit ihrem bunten Inhalt, der Alt und Jung entzückt, eröffnet.

Am gleichen Tage beginnt auch auf den Straßen der Verkauf der Weihnachtsbäume, deren

größter Teil bereits in den letzten Tagen angekauft wurde. Hauptsächlich aus dem Harz und aus Holstein sowie aus Bayern, das die Edelstannen liefert, deckt die Reichshauptstadt ihren Bedarf an Weihnachtsbäumen, der auf ungefähr eine halbe Million geschätzt werden kann. In diesem Jahre werden die Bäume etwas billiger sein als früher; eine größere Preisentwertung verbietet jedoch die großen Kosten, die nicht zuletzt in der kostspieligen Anzucht liegen. Ein guter mittlerer Weihnachtsbaum von 2 bis 3 Meter Größe, der ein Alter von etwa 9 bis 12 Jahren hat, wird im Kleinhandel etwa 1,50 bis 2,50 Mark kosten.



Wo man dick-rund "ohne" liebt, bleibt man bei "Saba"

"Saba ohne" hat das Vertrauen seiner Millionen treuen Raucher seit Jahrzehnten immer glänzend gerechtfertigt. Die unerreichte, stets gleichbleibende Qualität ist das Fundament dieses Vertrauens und zugleich die Erklärung dafür, daß "Saba ohne" heute die meistgerauchte Cigarette Berlins ist.





# Wer trägt nun die Schuld?

## Die Lehren des Explosionsunglücks in Premnitz

Zus Anlaß der Explosion in Premnitz mit ihren furchtbaren Folgen haben wir einen Fachmann auf dem Gebiete des autogenen Schweiß- und Schneidverfahrens um seine Ansichten über die Gefährlichkeit dieses modernen Metallbearbeitungsverfahrens befragt, ferner ob die Verwendung von Schloßerlehrlingen bei autogenen Schweiß- und Schneidarbeiten zu verantworten ist. Er gab uns folgende Auskunft:

Ausgangspunkt der furchterlichen Explosionskatastrophe in Premnitz ist zweifellos das autogene Schweiß- und Schneidverfahren, mit dem der Bruder des Schloßermeisters Thie und drei Schloßerlehrlinge beschäftigt gewesen sind. Bei diesem Verfahren findet Acetylen hauptsächlich als Brenngas unter Zuhilfenahme von Sauerstoff Anwendung. Für Montagearbeiten, um die es sich auch auf dem Werk der S. G. Farben in Premnitz handelte, findet Acetylen Verwendung, das sich in verdichteter Form mit einem Druck von etwa 15 Atmosphären in Stahlflaschen befindet. Diese Flaschen sind mit einer porösen Masse und einer Aceton genannten Flüssigkeit gefüllt. Die Füllung unterliegt einer strengen behördlichen Kontrolle; ein Flammrückschlag in die Flasche selbst ist vollkommen unmöglich. Das Zerbrechen solcher Acetylenflaschen kann nur eintreten durch starke Erwärmung oder

ungewöhnlich starke Erschütterungen. Um mit dem Acetylen eine starke Stichflamme zu erzielen, ist die Verwendung von Sauerstoff in gleichfalls verdichteter Form notwendig. Der Fülldruck einer Sauerstoff-Flasche bewegt sich zwischen 125 und 150 Atmosphären. Die Sauerstoff-Flaschen haben eine Wandstärke von 7 bis 8 Millimeter. Es handelt sich bei dieser Flaschenfüllung um fast 100prozentig reinen Sauerstoff, der an sich völlig ungefährlich ist. Er wird erst dann gefährlich, wenn er mit einem brennbaren Gas in Berührung kommt oder wenn durch Unvorsichtigkeit Öl oder Fett an die Flaschen- oder Reduzierventile und damit an den ausgeleiterten Sauerstoff selbst gelangen. Eine ebenso große Explosionsgefahr besteht aber auch beim Umfallen dieser Sauerstoff-Flaschen. Bei Montagearbeiten ist es daher üblich, die beim Schweißen oder Schneiden benötigten Sauerstoff-Flaschen liegend zu benutzen, um sich vor deren Umfallen und der damit verbundenen Explosionsgefahr zu schützen. Diese Vorsichtsmaßregel scheint bei den autogenen Schweißarbeiten in Premnitz außer acht gelassen zu sein.

Wenn die Nachrichten zutreffen, daß zwei Lehrlinge eine rund anderthalb Zentner wiegende und unter einem hohen Druck stehende Sauerstoff-Flasche transportiert und dabei fallen gelassen haben, dann muß man von einer unerhörten groben Fahrlässigkeit sprechen. Es ist im höchsten Grade leichtfertig, Lehrlinge, die meist

nicht über sehr große Körperkräfte verfügen und oft unterernährt sind, zum Transport der schweren Stahlflaschen zu verwenden. Es muß vor allem auch bezweifelt werden, daß bei den Schweißarbeiten in Premnitz die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft beachtet worden sind, die vorschreiben, daß nur Personen verwendet werden dürfen, die über ausreichende Fach- und Sachkenntnisse verfügen. Diese Vorschriften gelten auch für den Transport der beim Schweißen benötigten Acetylen- und Sauerstoff-Flaschen. Um den Lohn von Facharbeitern zu sparen, hat man hier frechehaft das Leben vieler Menschen aufs Spiel gesetzt. Der bedauerliche Unglücksfall zeigt aber auch, daß die Unfallverhütungsvorschriften gar nicht genügen. Es wird deshalb auch von den beruflichen Schweißern schon seit Jahren verlangt, daß sich jeder, der im Schweißverfahren beschäftigt wird, einer Prüfung unterziehen muß. Das autogene Schweißen und Schneiden ist aber keinesfalls eine Arbeit, bei der man ständig Furcht haben muß. Sie legt nur große Umsicht voraus.

Ungeachtet dieser Feststellung ist man aber in allen Fachkreisen der Ansicht, daß bei der Explosion von Sauerstoff-Flaschen das Unglück nicht einen so großen Umfang hätte annehmen können, wie es hier der Fall war. Durch die Explosion der Sauerstoff-Flasche müssen noch andere Elemente entzündet worden sein, worüber die Untersuchung hoffentlich bald Klarheit schaffen wird.

dauer von drei Wochen und können zur Hinfahrt vom 21. Dezember 9 Uhr an bis zum 1. Januar benutzt werden; die Hinfahrt muß am 1. Januar um 24 Uhr beendet sein. Die Rückfahrt kann ab 23. Dezember, 12 Uhr an allen Tagen bis zum 10. Januar stattfinden; am 10. Januar 24 Uhr muß die Rückfahrt beendet sein. Die Reise kann bei Benutzung der Weihnachtsrückfahrkarten sowohl auf der Hin- wie auf der Rückfahrt je einmal unterbrochen werden.

Gleichzeitig mit dem Vorverkauf der Festtagskarten beginnt in den REA-Reisebüros auch der Vorverkauf der Platzkarten für die in der Weihnachtszeit verkehrenden Schnellzüge. Die Vorverkaufskarte, die allgemein 3 Tage beträgt, ist ebenfalls auf 9 Tage verlängert worden. Am 12. Dezember beginnt also der Vorverkauf für die am 21. Dezember verkehrenden Schnellzüge, am 13. Dezember der Vorverkauf für die am 22. Dezember verkehrenden usw.

## In wenig Worten

Bei einer Explosion im Bergwerk Bombwell (Grafschaft York) wurden vier Arbeiter getötet, mehrere andere schwer verletzt.

In Gerasdorf (Niederösterreich) wurde eine Passantin von einem Bären angefallen und durch Prankenbisse schwer verletzt. Das Tier, das kurz zuvor aus einem Wanderzirkus entwichen war, wurde niedergeschossen.

Die Propagandafestungen des am Donnerstag in Berlin ausgehobenen kommunistischen Geheimfenders sind sämtlich auf Platten ausgenommen worden. Bei dem kommenden Prozeß gegen die angeklagten Schwarzfunken werden die Platten vermutlich als Belastungsindizien eine wesentliche Rolle spielen.

Bei einer Berliner Versteigerung von Musikerautogrammen wurden für das eigenhändige vollständige 108 beschriebene Seiten umfassende Manuskript von Mozarts Krönungskonzert 21.050 Mark bezahlt. Beethoven-Briefe erreichten Preise bis zu 1800 Mark.

Der der Unterschlagung beschuldigte Geschäftsführer Rentfahn der Spar- und Darlehenskasse Eutin beging Selbstmord. Er ließ sich von einem Zug überfahren.

Der Flugkamerad des Australienfliegers Bertram Klausmann, ist mit dem Dampfer „Redar“ des Norddeutschen Lloyd in Bremen eingetroffen. Bekanntlich hat das Geschick Klaus-

## Freunde des Ermordeten Der Gesuchte ist nicht dabei

Die Aufklärung des Verbrechens an dem Agenten Bessert hat die Kriminalpolizei vor eine äußerst schwierige Aufgabe gestellt. Besserts Bekanntheit war nicht nur ungewöhnlich groß, sondern setzte sich auch aus Personen zusammen, die verbrecherischen Kreisen angehörten. Seiner ganzen Veranlagung nach suchte er seine Freunde und belog bald diesen, bald jenen.

In der Nähe des Straßenbahnhofs in der Müllerstraße im Norden Berlins wurde gestern abend der langgesuchte Einbrecher Fritz Müller, der vor einigen Tagen der Polizei seinen Selbstmord telephonisch ankündigte, von Beamten der Inspektion II verhaftet. Müller wollte sich dort mit einem Freunde treffen, der ihn auf seinem Motorrad nach außerhalb bringen sollte. Müller, der für seine verschiedenen Einbrüche in Meindorferstraße überführt ist, gehörte — wie die Kriminalpolizei ermittelte — auch zu dem Freundeskreis des ermordeten Generalagenten Bessert aus Tegel.

Als Müller die Räume der Mordkommission betrat, fing er sofort an zu weinen und sagte: „Ich weiß schon! Sie glauben, daß ich den Bessert umgebracht hätte. Das ist aber nicht wahr. Ich habe es nicht getan!“ Müller wurde verhört, behauptete aber, nichts über den Mord selber zu wissen. Tatsache ist ja, daß Bessert einen sehr großen Freundeskreis hatte, der erst nach und nach von der Mordkommission „gesichtet“ werden muß. Wie schwer die Arbeit der Kriminalisten ist, geht aber z. B. auch schon daraus hervor, daß sich die Ermittlungen in der Mordsache bereits auf Verbrecherkreise erstreckten, deren Mitglieder mit dem Generalagenten befreundet waren. Müller kam durch seine Freundschaft mit Bessert jetzt in den Kreis der Verdächtigen. Er konnte über seinen Verbleib in den letzten Tagen und insbesondere über die Zeit in der fraglichen Nacht genaue Angaben machen, das er als Täter nicht mehr in Frage kommt.

Nunmehr wendet sich die Kriminalpolizei in Anbetracht der Umstände an das Publikum mit der Bitte um Unterstützung. Bekanntlich raubte der Mörder einen schmalen Platinring mit einem halbkarätigen Brillanten, der von etwa 30 Splintern umgeben ist, eine Krawattennadel in ovaler Form aus Platin mit einem Brillanten, eine goldene Panzerkette mit etwa 5 bis 6 Schlüssel. Wo diese Schmuckstücke aufzukaufen sollten, erbittet die Kriminalpolizei unter Hinweis auf die ausgefehlt Belohnung sofort Nachricht.

## Die goldene Freiheit Gefangener flüchtet zweimal

Eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I erlitt am Freitagmorgen eine unerwartete Störung. Gegen einen gewissen Nikolai, einen diesfalls vorbestraften Mann, sollte eine Berufungsverhandlung wegen falscher Anschuldigung stattfinden. Nikolai hatte den Gefängniswachtmeister R. und den Rechtsanwalt Dr. R. der Gefangenenbefreiung beschuldigt und hatte behauptet, sie hätten dem Gefangenen Fuller zur Flucht aus dem Gefängnis verholfen. Der Gefängniswachtmeister wurde darauf verhaftet und mußte vier Tage in der Untersuchungshaft verbringen. Fuller konnte von der Polizei bald eingefangen werden; es ergab sich, daß er die Flucht auf eigene Faust mit Hilfe von Dietrichen bemerkt hatte. Nikolai wurde darauf zu zwei Jahren Gefängnis ver-

urteilt. Als Fuller gestern aus dem Gefängnis Gollnow auf dem Stettiner Bahnhof eintraf, um in der Verhandlung als Zeuge vernommen zu werden, flüchtete er abermals; er ergriff eine günstige Gelegenheit und ließ seinem Transporteur einfach davon. Mag sein, daß er sich nur einige verregnete Tage verschaffen wollte, um sich dann bei den Gefängnisbehörden selbst wieder zu melden; die Verhandlung wird aber ohne ihn schwerlich zu Ende geführt werden können.

## Die Kinderlähmung

### Stadtmedizinalrat über Bekämpfung

In einer Sitzung des Unterausschusses des Stadtgemeindevorstandes über die Bekämpfung der spinalen Kinderlähmung wurde vom Stadtmedizinalrat Dr. von Drigalsky mitgeteilt, daß in diesem Jahre bis zum 8. Dezember insgesamt 196 Fälle spinaler Kinderlähmung in Berlin bekannt geworden seien, von denen 23 tödlich verliefen. Auffallend dabei sei die Tatsache, daß die Krankheit in sozial besser gestellten Bevölkerungsteilen häufiger auftritt als in sozial schlechter gestellten.

## Vorgeschichtliche Funde

Auf dem für Siedlungswecke neu erschlossenen Gelände zwischen Alt-Glienide und Schönefeld, Kreis Teltow, sind Spuren einer steinzeitlichen Siedlung zum Vorschein gekommen. Bei einer Probegrabung wurde von Direktor Hellner, bekannt durch seine Ausgrabung der jungsteinzeitlichen Siedlung in Brig, eine Herdstelle freigelegt. Die außer verbrannten Knochen Bruchstücke von Tongefäßen und Feuersteinwerkzeugen enthielt. Nach dem Befunde mehrerer von den Siedlern zum Segen von Obstbäumen ausgehobener Gruben zu urteilen, dürfte die vorgeschichtliche Siedlung größere Ausdehnung haben.

## Kampf ums Brot

### Jugendliche über ihre Arbeit

Das Glück des Berufes besteht heute für die allermeisten Menschen darin, noch Geld verdienen zu können, die Familie zu unterhalten oder wenigstens zu unterstützen, statt ihr zur Last zu fallen. Schon der Jugendliche gibt sich kaum noch anderen Berufsträumen hin; er ergreift, wenn er aus der Schule entlassen ist, was sich ihm bietet, froh, überhaupt Arbeit gefunden zu haben. Vielleicht hat der eine oder der andere Jugendliche noch das Glück, irgendetwas zu lernen, was ihm besondere Freude macht. Was helfen aber zwei Jahre Handelsschule, wenn man nachher erwerbslos auf der Straße steht? Dann freut man sich, wenn man schließlich in einer Schokoladenfabrik als Packerin unterkommt. Acht Stunden am laufenden Band arbeiten, im Stehen, das ist nicht leicht. Hauptfach, man verdient; zu Hause sind drei jüngere Geschwister satt zu machen.

Oder was nützt die Begabung eines Mädchens, das die Volks- und die Haushaltungsschule absolvierte, für Mathematik. Die Mutter ist Witwe; zwei Geschwister sind zu versorgen. Woher soll da das Geld zum Studieren kommen? Das Mädchen ist froh, bei einem Verlag unterzukommen. Sie erkläre in dem Rundfunkgespräch, das diese jungen

## Ein wenig Freude!

### Erwerbslose spielen für Erwerbslose

In Allems Festhallen, Hasenheide, ist großer Varieteabend. Ein buntes Programm rollt ab; da gibt es erstmalig Musikdarbietungen, dann steigt ein lustiger Stehch, ein geschickter Illusionist führt das Publikum an der Nase herum, gut gearbeitete Equilibristik, plastische Darstellungen und vor allem viel, viel Humor.

Ein wenig Freude heißt die Devise des Abends, und das hat hier seinen ganz bestimmten, tiefen Grund. Die zahlreichen Menschen, die da sitzen — der große Saal ist knüppeldeckevoll — sollen endlich einmal ein wenig gute Laune kriegen, sie haben sie notwendig wie kaum wer. Diese Vorstellung geht vor geladenen Gästen vor sich, keiner braucht Eintritt bezahlen, bloß eine kleine Regimention muß am Eingang vorgezeigt werden, die — Stempelfarte. Das Bezirksamt Kreuzberg hat durch seine rührigen Kunstwart Fischer als erste städtische Stelle für seine Unterstützungsempfänger einen heiteren Abend veranstaltet in der richtigen Erkenntnis, daß all diesen verzweifelt, verditterten, unverschuldet ins Unglück geratenen Menschen ein wenig Frohsinn unendlich not tut. Noch anerkennenswerter ist es, daß sich erwerbslose Künstler für ihre Brüder der Not völlig kostenlos zur Verfügung stellen, ebenso die Musiker. Der Saal, das Licht, alles wurde unentgeltlich bereitgestellt. Es wäre zu wünschen, daß sich auch andere Stellen diesem Beispiel schöner Solidarität und Menschenliebe anschließen würden.

## Weihnachtsrückfahrkarten

Am Montag, 12. Dezember, beginnt bei den Bahrtarntenausgaben der Bahnhöfe und in den REA-Reisebüros der Vorverkauf der Festtagsrückfahrkarten zu Weihnachten. Die Karten haben eine Gültigkeits-

## Freie Sozialistische Hochschule

Heute Sonnabend, 19½ Uhr, Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Vortrag des Gen. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hertz-Halle über „Rassenwahn und Politik“. Hörerkarten an den bekannten Stellen.

mann ungeheuer tragisch mitgespielt. Während Bertram sich erstaunlich schnell von den un menschlichen Strapazen erholt hat, hat Klausmann erst sehr viel später die Heimreise antreten können, da sein Krankheitszustand einen langen Krankenhausaufenthalt in Australien erforderlich machte. Nachdem der Bordmonteur nunmehr körperlich fast wiederhergestellt ist, haben sich Umnachtungsercheinungen eingestellt, die Klausmann noch heute zeitweilig unter Anwendung von Verfolgungswahn leiden lassen. Von einem größeren Empfang hat man deshalb notwendigerweise abgesehen.

Der Kapitän des Lloyd dampfers „Europa“, Kommodore Johnson, ist an den Folgen einer erneuten Blinddarmpoperation in New York gestorben.

Die goldene Hochzeit feiert heute der Genosse Friedrich Rohmann, Hernaldr. 8 in Schöneberg.

Der sozialdemokratische

## Abreißkalender 1933

ist neu erschienen. In Kupfertiefdruck hergestellt, ist er ein schönes Geschenk für den Weihnachtstisch. Der Preis ist herabgesetzt und kostet statt 2.00 RM nur

### 1.75 RM

Er ist bei allen Zeitungsboten, Vorwärts-Abgabestellen und Parteibuchhandlungen oder direkt bei der Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu haben



# Die falschen van Goghs

## 1 Jahr, 7 Monate für Wacker

Nach siebenwöchiger Verhandlung endete der zweite Wacker-Prozess wegen der gefälschten van-Gogh-Bilder mit einer Erhöhung der Strafe der ersten Instanz von einem Jahr Gefängnis auf 1 Jahr 7 Monate, zu denen noch 30 000 M. Geldstrafe oder weitere 300 Tage Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust hinzukommen. Der Kunstmaler Otto Wacker wurde im Gerichtssaal verhaftet. Gegen das Urteil beabsichtigt der Verteidiger Dr. Iwan Goldschmidt Revision einzulegen.

# Salzsäureattentat

In einem Hause in der Wickestraße in Moabit spielte sich gestern Abend ein aufregender Vorfall ab. Gegen 18 Uhr erschien in der Wohnung seiner früheren Freundin, einer Frau G., der 40 Jahre alte Wilhelm S. Als ihm die sechzehnjährige Tochter, die mit ihrer Großmutter allein in der Wohnung weilte, öffnete, verlangte er Frau G. zu sprechen und drang in die Wohnung ein. Blitzschnell zog er eine Flasche, die Salzsäure enthielt, hervor und übergoss die Sechzehnjährige mit der gefährlichen Flüssigkeit. Als die Großmutter auf die Schreie des Mädchens, das schwere Verbrennungen erlitt, hinzukam, stürzte sich der Täter auf die alte Frau. Der Tumult in der Wohnung war nicht unbemerkt geblieben und Hausbewohner alarmierten eine Polizeistreife. Der Täter wurde nach Gegenwehr festgenommen. Das schwerverletzte Mädchen mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die schändliche Tat hat S. begangen, um sich an seiner früheren Freundin zu rächen, die sich vor einiger Zeit von ihm losgesagt hatte.

# Rettungsschlepper gesunken Die ganze Besatzung umgekommen

Der New-Yorker Schlepper „Sandbach“, der auf der Höhe von Labrador am Brack des englischen Kreuzers „Kaleigh“ arbeitete, ist infolge des heftigen Sturmes, der die letzten Tage hindurch wütete, gesunken. Die 19 Mann starke Besatzung ist ums Leben gekommen. Zwei Leichen sind bereits geborgen worden.

# Scala

Sie sind Märchen wirkungsvoller als gerade in der Weihnachtszeit, und so ist Ernst Matray mit seinem ganzen Ballett in die Scala gezogen, um uns eine vorzutunzen. Er läßt Bilder, er sieht, wie sie eben nur im Märchen vorkommen können. Maria Solowj ist immer noch die zierliche und graziose Prinzessin, Katta Sterna der unglücklich liebende arme Freier und Matray selbst ein bühnen die Vorsehung spielender Faun. Das ganze getanzte Märchen ist voller Bewegung und geschmackvoller Buntheit. So sieht man z. B., wie der Brunnenkubold plötzlich des Nachts aufsteigt, Wasser zu spielen und von seinem Sockel herunterfließt. Tanz- und Regietechnik Matrays stehen

auf hohem Niveau und das ganze Ballett ist eine wirklich reine Freude. Dann wären aus dem reichhaltigen Programm noch zu nennen: zwei Schwestern, die Hermanos Rubio, die kaum gläubliche artistische Spitzenleistungen vollbringen. Mit eleganter Leichtigkeit geht die kleine muskulöse Frau die Treppen herauf und herunter, auf ihrem Kopf die Schwestern balancierend. Aber das ist lange nicht alles. Die gefügige und scheinbar nervenlose Partnerin wird von ihr auf ihrer Hand, kopfstehend, leiterauf und leiterab getragen, auf der Erde dreht sie Saltos, ohne je das Gleichgewicht zu verlieren. Bei den drei Exzentrikern „Viene Bros. Kappt“ alles im wahren Sinne des Wortes. Der Dreiklang im Rhythmus ist es hier, auf dem ihr Erfolg beruht, denn Steppen ist nichts Neues und Tanzen ist nichts Neues, aber die Erfindung ihrer aufeinander abgestimmten Bewegungen reifen hin. Dazu kommen noch zwei Burtons, geschickts- und akrobatische Akrobaten, und Hermann Leopoldi, ein Wiener Schlagertanzenkomponist, der es versucht, für seine Schlagertänze Stimmung zu machen. Schließlich läßt sich auch Marie Weber hören.

# Leidensgenossen

Rund 25 000 Menschen prüfen zur Zeit die Unterstützungsanträge, die von Erwerbslosen in den Wohlfahrtsämtern in Berlin gestellt werden. Mehr als eine Viertel Million Menschen müssen sie monatlich in ihrer Behausung aussuchen, um deren wirtschaftliche Verhältnisse und die sich daraus ergebende Notlage festzustellen.

Rund 40 Proz. dieser Prüfer, die nicht selten 20 und mehr Hausbesuche im Monat machen, um möglichst schnell den Hilfsbedürftigen zu einer Unterstützung zu verhelfen und ihre Tätigkeit ohne jedwede Entschädigung ausüben, teilen das Los ihrer Betreuten und sind selber arbeitslos.

Wer kann sich in den Gedankenfang dieser Menschen hineinfinden, die selber von Unterstützung leben müssen und nun Vorschläge machen sollen, in denen das Notwendigste zum Lebensunterhalt, Wohnung und Bekleidung enthalten ist. Es ist falsch, wenn man glaubt, daß sie sich von der Höhe ihrer eigenen Unterstützung beeinflussen

lassen. Durch ihre langjährige Tätigkeit haben sich die sozialen Eigenschaften ihres Charakters so ausgeprägt, daß sie trotz der gegenwärtigen Finanzkatastrophe mindestens das Notwendigste zum Leben fordern. Infolgedessen bedauern sie am meisten, wenn sie erfahren, daß ihre Vorschläge, die stets Ergebnisse sorgfältiger Prüfung sind, nur zum Teil bewilligt oder gar abgelehnt worden sind. Nicht nur daß dadurch Unterstützungsbedürftige um ihr bisheriges Hoffnungsgetrogen werden, sondern die Prüfer tragen mit ihnen dieses Los gemeinsam, weil sie es am eigenen Leibe erleben müssen.

Zu Tausenden treffen täglich Menschengruppen zusammen, die aus notleidenden Prüfern und geprüften Notleidenden bestehen. Sie begegnen sich mit einem Argwohn, der fast an Feindseligkeit grenzt. Und doch sind es Leidensgenossen, die von einem gemeinsamen Los betroffen wurden. Sollten sie sich nicht in ihrer Notlage zusammenfinden? Haben sie nicht die Pflicht, gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lebenslage zu kämpfen?

# Lesestunde bei Wertheim

Im Rahmen der von der Lessing-Hochschule bei Wertheim, Leipziger Straße, veranstalteten Buchausstellung las Clara Biedig, Seminarin der literarisch-schaffenden Frau, aus ihrer Novelle „Das Kind“. Mit dem Herzen der mütterlichen Frau, der Güte der abgeklärten, alles verstehenden Großmutter zeichnete sie den Leidensweg der ledigen Mutter, die von der Starchheit ihrer gesellschaftlichen Klasse gedrängt und bedrückt, ihr Kind verleugnet. Als dann in ihr späteres Leben die große Einsamkeit kommt, befinnt sie sich ihrer Mutterchaft und zerbricht an der Fremdheit, mit der ihr jetzt ihr Kind entgegentritt. Dieses alte, ewig neue Problem ist wohl eines der würdigsten, um von einer Frau dichterisch behandelt zu werden. Eine zahlreiche Gemeinde, in der Hauptsache Frauen, scharte sich um die Dichterin und spendete ihr herzlichste, tiefempfundene Anerkennung.

# Wie wird das Wetter?

In Berlin: Nachts mäßiger Frost, Tagestemperaturen bei Null, meist bedeckt, keine wesentlichen Niederschläge, schwache Winde. — In Deutschland: Im Süden und Osten leichte Schneefälle, im übrigen Reich vorwiegend trocken, überall meist leichter Frost, nachts recht kalt.

Genosse Karl Meier, Lindener Straße 17, kann heute auf eine 40jährige Parteizugehörigkeit zurückblicken. Wie von Anfang an ist er noch jetzt mit einer der Aktivistinnen in der Bewegung, ein rastloser Kämpfer und Arbeiter für die sozialistische Idee. Dem Jubilar einen herzlichsten Glückwunsch und für das fünfte Jahrzehnt ein kräftiges „Freiheit!“

In diesen letzten Tagen vor Weihnachten muß es ausgeführt werden, was die Besonderen eines Leben damit beabsichtigt, solche wichtigen Dinge zu diesem Weihnachtsfest zu tun. Dabei hat das Wahralche beim gewöhnlichen großen Koffer gespielt und überall da, wo ein Koffer, wo Kofferhülle, Koffer, Kofferhülle oder Kofferhülle zu gebrauchen sind, ist der Gedanke an die Firma Teppich-Turk nachgedrungen. Der morgige Sonntag, an welchem die Verkaufsstellen der Firma Teppich-Turk, Deutschlands größtes Spezialhaus, bis 7 Uhr abends geöffnet sind, bietet die Möglichkeit zum bequemen Einkauf.

# Beim billigen Handwerker

## Alles wird bei den Bezirksamtern instandgesetzt

Im Hause Blumenstraße 88 ist die billigste Schnellbesohlerei von Berlin. Die Firma heißt Bezirksamt Mitte und Kreuzberg, sie hämmert ihren Kunden die neuen Sohlen nicht nur gratis, sondern im Dringlichkeitsfall sogar auf der Stelle auf. Diese einzigartige städtische Schnellbesohlerei hat einen richtigen Wartezimmer, wo die Kundschaft in Filzpantoffeln oder sonstigen nicht straßensfähigen Schuhwerk auf die Schuhreparatur wartet. Geduld und Ruhe muß ein jeder allerdings mitbringen, denn 4 bis 6 Stunden heißt es immerhin ausharren.

Es werden täglich 26 bis 28 dringende Fälle auf dem Schusterschmel bearbeitet. Dringlich heißt, daß man tatsächlich auf den letzten und einzigen, kaputten Sohlen geht. Neben an in der Werkstatt sitzen acht Schuhmacher; sechzehn stinke Hände hämmern und schrauben, spannen, ziehen und nähen im Schnellzugtempo. Solcher Schnellreparatur geht der einzureichende Besohlungsantrag voran, der durch den Prüfer des Wohlfahrtsamtes als unbedingt notwendig bestätigt sein muß. Dann wird der Schuhinhaber auf einen bestimmten Tag hinbestellt, durchs Schließfenster reicht er dem Beamten seinen ledernen Patienten, der erstmal dessen Signalement auf Grund der im Antrag vorhandenen Beschreibung prüft. Ist der Fall jedoch ganz hoffnungslos und finden des Beamten Finger an allen Ecken und Enden des Stiefels einen Notausgang, dann wird der Besohlungsantrag in einen Kaufschein auf ein neues Paar umgewandelt. Wer noch glücklicher Besitzer zweier Schuhpaare ist, der erhält die Reparatur in fünf bis sechs Tagen; diese Schuhe gehen dann per Auto — so an die 200 Paar täglich — in die Treptower Lehrwerkstätten. In Treptom sitzen

an die 90 Schuster. Alle sind sie entweder kriegsbeschädigt oder sonstwie erwerbsbeschränkt, es sind Stumme und Taube darunter, und man hört nichts, als das Schlagen der Hämmer und das Rattern der Maschinen.

# In der Nachlaß-Tischlerei

Oben, vier Treppen hoch, wird gehobelt und gefügt, unterm Leintopf flackert das ewige Licht, Späne fliegen und Menschen schweigen. Hier ist die billige Tischlerei, deren Inventar die dem Wohlfahrtsamt gehörigen Nachlaßgegenstände darstellen. Viel Schönes und Gutgehaltenes findet sich nicht darunter, und so manches Stück legnet schon beim Aufsteigen auf den Wagen das Zerklüfte. Aber was noch halbwegs Beine und einen lebensfähigen Leib hat, das wird sachmännlich so gut es eben geht wieder zusammengeklüft. Da fehlt dem einen Stuhl die Sitzgelegenheit, während der andere wieder den Verlust eines Beines zu beklagen hat, und der dritte hat im harten Lebenskampf das Rückgrat eingebüßt. Einem Chirurgen gleich läßt jetzt der Tischler die noch gefunden hölzernen Gliedmaßen heraus, legt sie zusammen und aus drei kranken werden schließlich zwei gesunde Stühle. Hier wird eine Kastrage aufgearbeitet, dort eine Kommode mit neuen Beinen und Schubgriffen versehen.

Wenn das alte Möbel dann wieder auf sicheren Beinen steht und durch ein wenig Politur eine gesündere Farbe erhielt, dann erfüllt es für all die, die nicht in den Kaufladen gehen können, immer noch seinen Zweck. Da decken Jungverheiratete ihren bescheidenen Bedarf, dort heißt es mit einem unbedingt notwendigen Stück rasch helfen, alles findet schließlich seinen Herrn.

# Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat, Wollan 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Heute, Sonnabend, 10. Dezember, 19 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftsraum, Engelsufer 24-25 (großer Saal), eine Verammlung der Mitglieder und Helfer der Zeitungsabteilung Groß-Berlin statt. Es sprechen: Franz Kämpfer, Paul Töbe, Friedrich Stämpfer. Mitgliedsbuch legitimiert.

# Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 7. und 8. Kreis. Sachliche Sprechstunde findet heute, Sonnabend, 10. Dezember, von 17 bis 19 Uhr, im Jugendheim, Kottbusstr. 4, statt. Gelegenheit zum Mitreden.
- 17. Kreis. Deutscher Arbeiter-Verband. Arbeitsgemeinschaft: Freie Schulung, freie sozialistische Arbeit. Sonntag, 11. Dezember, 19 Uhr, städtische Schulaula, Schützenallee, Gemeindefestsaal der Arbeiter. Musik, Tanz, Gesang, Vorträge, Reden, Regioformen, Bühnenspiele. Teilnehmerkarte 20 Pf., Mitgliedsbuch legitimiert. Eintritt und Abgabe bei Genossen König, Wagnerstr. 42, Altschloß, Tiergartenstr. 33, „Sowjet“-Exhibition, Borsigener Str. 62, zu haben.
- 78. Abt. Heute, 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Lindenhof, Wilhelmplatz. Verwaltungserform Groß-Berlin. Referent: Stadtdirektor Genosse Grottel.
- 78. Abt. Achtung, Parteioffiziellen! Sonntag Treffpunkt um 9 Uhr bei Schmidt, Oberstr. 18.
- 80. Abt. Treffpunkt der Jünglingsgruppe zur Fahrt am Sonntag, 8 Uhr, Reichel-Edel-Verkehr-Gesellschaft, Untertan 10 Pf.

# Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

**Goldarbeiterhilfe!** Ablieferung des Spielzeugs für die Ausstellung „Kinder helfen Kindern“ im Ausstellungsräum Metallarbeiter-Vereinshaus, Wollan 68, Ecke Wollanstraße, am Sonntag, 11. Dezember, 10 Uhr. Die Ausstellung der Goldarbeiterhilfe „Kinder helfen Kindern“ findet ab 12. bis 20. Dezember im Hause des Metallarbeiter-Vereinshaus, Wollan 68, Ecke Wollanstraße, statt.

**Preussener Berg.** Wir beenden die Ausstellung geschlossen am Dienstag, dem 11. Dezember, Abends 10 Uhr. Treffpunkt 10 1/2 Uhr, Grottelstr. 18. Führung: Herr Grottel hin und zurück 10 Pf. — Abt. Wollan 18. Die Ausstellungen schließen sich an. — Abt. Hauswoll, Wollanstr. 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Kreisverband.** Abends 10 Uhr, Treffpunkt 10 1/2 Uhr, Grottelstr. 18. Die Ausstellung der Goldarbeiterhilfe „Kinder helfen Kindern“ findet ab 12. bis 20. Dezember im Hause des Metallarbeiter-Vereinshaus, Wollan 68, Ecke Wollanstraße, statt.

**Wollan 68.** Abends 10 Uhr, Treffpunkt 10 1/2 Uhr, Grottelstr. 18. Die Ausstellung der Goldarbeiterhilfe „Kinder helfen Kindern“ findet ab 12. bis 20. Dezember im Hause des Metallarbeiter-Vereinshaus, Wollan 68, Ecke Wollanstraße, statt.

# Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Jugendsekretariat, Wollan 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Referenten-Schule Genosse Deneb und Genosse Rosenbergs: Heute Beginn pünktlich 19 Uhr im Raum der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 2, 2. Hof, 2 Treppen.

Wollan-Beleg-Ausflug: Heute Beginn pünktlich 19 Uhr im Heim Lindenstraße 4, dort 1.

Proletarisches Orchester der S.A.J. heute, 19 Uhr, Aula der Finanzverwaltung, Schützenallee, Ecke Wollanstraße (U-Bahn Ostf. Loma Hüte). Salonorgel pünktlich 19 Uhr Turnhalle, Altschloßstr. 33 (U-Bahn Serrafstr.).

# Heute, Sonnabend, 10. Dezember:

- Schönhauser Vorstadt:** Hunter Abend bei Herr, Kleinstr. 36 (19 Uhr).
- Wollan-Beleg:** Baden ab 17 1/2 Uhr Stadthof, Reichelstr. 114.
- Wollan-Beleg:** Probe der Spieltruppe 19 Uhr Stadthofstr. 114.
- Wollan-Beleg:** Vorkonferenz im Parteibüro, Serrafstr.

**Wollan-Beleg:** Empfang der „geiligen“ Winterhilfe — D. Du Teufel, D. Du Teufel — Veranstaltung morgen, Sonntag, im städtischen Saal, Wollanstr. 17, 18, 19 Uhr. Beginn 19 1/2 Uhr. Eintritt 10 Pf. Geschlossene Veranstaltung. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch der S.A.J. oder Partei.

# Vorträge, Vereine und Versammlungen

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**  
Wollan-Beleg: Berlin 6, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
- Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.**  
Wollan-Beleg: Berlin 6, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

# Weihnachtsfreude machen

mit etwas Schönerem; das Bestand hat. Das können Sie mit unserem Siemens 46, einem Fernempfänger, der wie geschaffen ist für einen Ehrenplatz auf dem Gabentisch. Der Siemens 46 ist unerschöpflich, weil die Fülle der mit ihm erreichbaren Sender jeden Tag ein neues charakteristisches Abendprogramm bietet. Er ist und wird immer Mittelpunkt der häuslichen Geselligkeit bleiben.



Für Wechselstrom: Siemens 46 W RM 247.— Für Gleichstrom: Siemens 46 G RM 257.—  
Siemens 46 WL RM 312.— Siemens 46 GL RM 322.—  
Lautsprecher: Siemens 073 RM 75.— Siemens 074 RM 71.50  
Vorführung in Fachgeschäften. Bezugsquellenangabe und Drucksachen durch SIEMENS & HALSKE AG WERNERWERK BERLIN - SIEMENSSTADT

# Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. Abt. Unter langjähriger Funktion, der Genosse Paul Reichert, Oberstr. 18, am 7. Dezember plötzlich verstorben. Eine seinem Andenken zu Ehren wird am Montag, dem 12. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf stattfinden. Am rege Beteiligung wird gebeten.

12. Abt. Unter Genosse Reichert, Kottbusstr. 17, 18, verstorben. Eine ihrem Andenken zu Ehren wird am Montag, dem 12. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf stattfinden. Am rege Beteiligung wird gebeten.



# Wir kämpfen gegen die Bauernnot

## Die agrarpolitischen Anträge der Sozialdemokratie im Reichstag

Die eigentliche Ursache der Not der Bauern ist die Arbeitslosigkeit und das niedrige Einkommen der breiten Verbraucherkräften. Die Sozialdemokratie hat diese Zusammenhänge schon längst erkannt und vertritt damit eine viel landwirtschafts-freundlichere Agrarpolitik als die agrarischen Interessenvertreter. Das gilt auch für den Abschnitt des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion neu eingebrachten Gesetzentwurfs zur Behebung der Landwirtschaft, der sich mit der Volksernährung und Landwirtschaft beschäftigt und über dem das Motto stehen könnte: „Der Hunger des Arbeiters ist des Bauern Tod.“ Dieses Wort gilt jetzt mehr als je, denn die Landwirtschaft hat in den letzten Jahren ihre Produktion so stark ausgedehnt, daß der Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln immer geringer geworden ist. Infolgedessen verlieren die Zölle zur Preisbesserung immer mehr an Wirksamkeit.

**Nicht mehr die Zollpolitik bestimmt die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sondern der Lohn des Arbeiters.**

Jede wirtschafts- oder sozialpolitische Maßnahme, die zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit oder zu einer Einkommensenkung führt, schädigt die Landwirtschaft. Deshalb fordert die Sozialdemokratie auch im Interesse der Landwirtschaft die Unterlassung aller Maßnahmen, die eine Senkung der Kaufkraft zur Folge haben. Die landwirtschaftlichen Preise müssen heute so gestaltet werden, daß keine Verschlechterung, im Gegenteil: eine Verbesserung der Lebensmittelerzeugung der Bevölkerung erfolgt.

**Wir fordern: Alle Maßnahmen, die zu einer Verteuerung der Butter, der Margarine, des Schmalzes oder sonstiger Fette geführt haben oder führen müssen, sind rückgängig zu machen oder zu unterlassen.**

Es ist auch ein Unfug, die Zuckerpriese so hoch zu halten, daß der Zuckerverbrauch immer weiter zurückgeht. Da nach einer Senkung der Zuckerpriese der Verbrauch sofort steigen würde, so daß

die Landwirtschaft infolge des Mehrablasses einen höheren Verdienst aus dem Zukerverkauf erzielt als bei den jetzigen hohen Preisen, ist

**der Zukerhöchstpreis ausreichend zu senken.**

Wegen des engen Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Produktionszweigen der Landwirtschaft muß die Preisgestaltung für die einzelnen agrarischen Erzeugnisse auch besser als bisher aufeinander abgestimmt werden. Die bäuerliche Produktion darf nicht zugunsten anderer Gruppen benachteiligt werden. In den letzten Jahren sind aber die Getreidepreise hoch gehalten worden, die Preise für die bäuerlichen Veredelungserzeugnisse hat man ihrem Schicksal überlassen. Das gefahrdrohend zugunsten der hauptsächlich Getreide bauenden Großbetriebe. Jeder Landwirt sucht heute den Getreidebau auszubehnen, so daß sich bald eine Ueberproduktion einstellt. Wegen des niedrigen Standes der Verbraucherkraft ist es aber ausgeschlossen, ohne Schädigung des Ablasses die Preise für die Veredelungserzeugnisse zu erhöhen.

**Deshalb müssen im Interesse der gesamten Landwirtschaft die Futtermittelpreise gesenkt und alle Stützungsmaßnahmen, die zu einer weiteren Steigerung der Getreidepreise führen können, unterlassen werden.**

Ferner fordert die Sozialdemokratie, daß die übermäßigen Spannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen kontrolliert und dort, wo eine Ermäßigung möglich ist, abgebaut werden. Bei der Verringerung der Preispannen muß außerdem die Landwirtschaft mithelfen, indem ihre Absatzgenossenschaften in enge Geschäftsverbindungen mit den städtischen Konsumgenossenschaften treten. Hierdurch würden sich nicht nur die Vertriebs- und Verarbeitungskosten verringern, sondern es besteht auch die Möglichkeit, Produktion und Bedarf aufeinander abzustimmen.

**Zur Besserung der Lage der Kleinbäuerlichen Landwirte**

fordert die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das landwirtschaftliche Bildungswesen staatlich zu fördern. Nur auf Grund einer besseren Bildung kann der Kleinbauer Dünge-mittel rationeller verwenden, bessere Arbeitsmethoden anwenden und damit seine Produktionskosten senken. Zur Erhöhung des Kleinbäuerlichen Einkommens ist ferner die in vielen Gegenden vorkommende, unnützen Zeit- und Arbeitsaufwand erfordernde Zersplitterung der Felder durch eine großzügige Feldbereinigung zu beseitigen; die Kleinbauern sind in Produktivgenossenschaften zusammenzuschließen, um sich die Vorteile der modernen Technik zunutze machen zu können. Schließlich will die Sozialdemokratie auch die Landwirte, die infolge der Wirtschaftskrise

**ohne eigenes Verschulden in Not**

geraten sind, vor der Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz dadurch bewahren, daß zur Neu-regelung von landwirtschaftlichen Schuldverpflichtungen ein Schuldenerleichterungsamt eingerichtet wird. Sie verlangt ferner zur Erleichterung der Lage jener landwirtschaftlichen Pächter, deren Pachten noch nicht dem gesunkenen Preisniveau für landwirtschaftliche Erzeugnisse angepaßt worden sind, eine 30prozentige Senkung der Pachten. In dem Umbau-programm der Sozialdemokratie steht endlich die grundsätzliche Forderung, den Großgrundbesitz zu enteignen.

Die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind von Verantwortungsbe-wußtheit für das Wohl der gesamten Bevölkerung getragen. Sie wollen dem Bauern dazu verhelfen, daß er mehr verkaufen kann und von seinem Erlös mehr für sich und seine Familie behält. Das ist der einzige Weg, der dem Bauern heute hilft. Höhere Preise sind nur wachsende Arbeiternot, wachsende Arbeiternot ist nur noch schnellerer Bauerntod. Das Steuer muß herum. Dafür kämpft die Sozialdemokratie auch jetzt.

in seinem Vortrag den Feinden der Kommunal-wirtschaft und der kommunalen Selbstverwaltung beibringe. Uns lag nur eine sehr kurze Fassung des von Karding gehaltenen Vortrags vor.

Dr. Karding schreibt uns jetzt, daß er in seinem Vortrag besonderen Wert darauf gelegt habe, klarzustellen, daß die öffentliche Wirtschaft in den fraglichen Jahren durchaus nur die gleichen Fehler begangen habe, wie sie auch der privaten Wirtschaft in jener Zeit vorzuwerfen seien. Er habe auch unterstrichen, wie fehlerhaft es sei, wenn öffentliche und private Wirtschaft auf diesem Gebiet die eigenen Fehler damit zu entschuldigen suchen, daß die andere Seite die gleichen Fehler in noch größerem Ausmaße gemacht habe.

Wir geben diesen Feststellungen Dr. Kardings aus Gründen der Loyalität gern Raum.

## Reichsbankbilanz Devisenabgabe für Kreditrückzahlungen

In der Woche zum 7. Dezember hat die Reichsbank die 4 Millionen Dollar auf den jetzt bis Anfang März verlängerten 90-Millionen-Dollar-Kredit der ausländischen Notenbanken an die R.B. gezahlt und außerdem fällige Zinsen und Tilgungen auf ausländische Anleihen finanziert. Die Goldbestände nahmen um 23,2 auf 804,1 Millionen ab, die Bestände an Deckungs-devisen um 4,2 auf 113,9 Millionen zu, so daß rund 19 Millionen Mark Abgaben aus der Deckungsreserve erkennbar sind. Im übrigen hat sich in der ersten Dezemberwoche wieder bewiesen, daß die Reichsbank Kredite zur Wirtschaftsbelebung nicht abgibt.

Die gesamte Kapitalanlage ging um 153,1 auf 3214,5 Millionen zurück; das sind gegen die erste Novemberwoche dieses Jahres 74 Millionen Mark weniger und gegen die gleiche Woche des Vorjahres 1274 Millionen Mark weniger. Die Wechselbestände sanken um 43,1 auf 2688,1 Millionen, was gegenüber der ersten Novemberwoche ein Minus von 95 und gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres ein Minus von 1293 Millionen Mark ausmacht. Schahwechsel verringerten sich um 5,5 auf 29,1. Lombarddarlehen um 105,8 auf 101,1 Millionen Mark. Von ihren unverzinslichen Barkonten hoben die Banken 65,4 Millionen ab, so daß die fremden Gelder auf 352,7 Millionen abnahmen.

Der Notenumlauf ist nach wie vor reformmäßig niedrig. Er verringerte sich gegenüber der Vormoche um 92,2 auf 3439,0 Millionen Mark; das sind 41 Millionen Mark weniger als in der ersten November-woche und 1160 Millionen Mark weniger als vor einem Jahr. Trotz der Schwächung der Deckungsreserve erhöhte sich die Notendeckung durch Gold und Devisen leicht von 26,5 auf 26,7 Proz.

**Gibt es noch Sicherheiten für Bankkredite?** Ueber dieses Thema spricht in der Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe am 14. Dezember, 8 1/2 Uhr abends, im Zentral-Hotel am Bahnhof Friedrichstraße, Dr. Rothstein in öffentlichem Vortrag.

## Ist das noch Handelspolitik?

### England fordert von Dänemark Einfuhrmonopole

Die Handelspolitik Großbritanniens nimmt seit der Schwelung zum Hochschutzzoll und dem Abschluß der Verträge von Ottawa sehr merk-würdige Formen an. Die neuesten Forderungen, die England der dänischen Handelsdelegation in London gestellt hat, lassen gar keinen anderen Schluß zu, als daß die Erfolge der „englischen Woche“ in Kopenhagen, bei der

### mit Prinzenreisen und dem Besuch von Schlachtkreuzern

alle propagandistischen Mienen springen ließ, weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind.

Was England jetzt von Dänemark fordert, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Einfuhr-monopol für Kohle und Stahl, sind Vorzugs-zölle für wichtige Fertigfabrikate und — ein bisher in der Geschichte der Handelspolitik beispielloser Vorgang — Änderungen dänischer Steuererträge zugunsten britischer Fabrikate.

Im einzelnen gehen Großbritanniens Forderungen dahin, daß Dänemark in Zukunft nahezu seinen gesamten Verbrauch an Kohle, Eisen und Stahl in England deckt. Außerdem soll Dänemark auf Jahre hinaus England Vorzugszölle für Textilfabrikate, Schuhe, Lederwaren und Glas gewähren, also für Fabrikate, die Dänemark bisher zum größten Teil von Deutschland gekauft hat. Die seltsamste Blüte in diesem handelspolitischen Buttel ist aber die Forderung, daß Dänemark seine Steuererträge für den Kraft-verkehr dahin ändert, daß die kleinen eng-lischen Wagen gegenüber den schweren deutschen und amerikanischen Wagen eine Vor-zugsstellung erhalten. Nimmt man alle diese Forderungen zusammen, so umfassen sie eine dänische Jahreseinfuhr von annähernd 560 Mil-lionen Kronen, die England zu sich herüber-ziehen will.

Der Inhalt dieser englischen Forderungen kommt, das muß ausgesprochen werden, den Methoden bedenklich nahe, die England mit mehr oder weniger politischen Druckmitteln im ver-gangenen Jahrhundert

### gegenüber seinen Kolonien und noch nicht großjährigen Dominien

angewandt hat. In Dänemark werden diese Forderungen um so weniger Begeisterung er-wecken, als die neue Richtung der britischen Handelspolitik den dänischen Export nach England schwer geschädigt hat. Allein die Sonder-verträge, die England mit seinen Dominien in Ottawa abgeschlossen und kürzlich in Kraft gesetzt hat, ziehen zwei Drittel des dänischen Englandexportes in Mitleidenhaft. Dazu kommt neben der Zollbelastung für dänische Produkte noch

### die Einführung von Kontingenten für Speck und Schinken,

also für die lebenswichtigen Exportzweige Dänemarks.

Gewiß ist Englands Stellung im dänischen Außenhandel immer noch sehr stark. Wenn auch von Januar bis September dieses Jahres die britischen Importe aus Dänemark auf 30,9 gegen 40,2 Millionen Pfund Sterling in der gleichen Zeit von 1930 gesunken sind, so bezieht England doch damit mehr als viermal soviel, als Dänemark von Großbritannien kauft. Auch die Handelsbilanz mit Schweden, Norwegen und Holland ist für Großbritannien stark passiv, wenn auch nicht in demselben Umfang wie bei Dänemark. Aber in Auswirkung der Verträge von Ottawa und der Kontingentspolitik wird die Einfuhr sämtlicher nordischen Staaten und Hollands nach Großbritannien in den nächsten Monaten steil abfallen.

**In dieser Situation ist Deutschland noch einmal eine Chance gegeben.**

Deutschland, das durch den Bitterkrieg mit den nordischen Staaten und den Kontingentswahn der verflochtenen Baronsregierung seine besten euro-päischen Kunden verblüht und in die Arme von England getrieben hat, könnte jetzt, wo die Ver-ärgerung in den nordischen Staaten über Eng-lands Handelspolitik nicht gering ist, die Dum-mheiten der vergangenen Monate wieder gutmachen, wenn es sich zu einem Herumreißen des handelspolitischen Steuers ent-schließen könnte. Die Voraussetzung hierzu aber ist, daß die Regierung dem Kontingentswahn der Grünen Front öffentlich eine unzweideutige Ab-jage erteilt.

## Gegen Währungsexperimente

In einem Vortrage vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über Fragen des Geld-wesens sprach sich Professor Bonn gegen Währungsexperimente und Kreditausweitungs-pläne aller Art aus.

Besonders interessant waren die Ausführungen zum englischen Experiment mit der Aufgabe des Goldstandards. Dieses Experiment habe England nicht freiwillig, sondern in einer Zwangslage gemacht; die Theorien des be-rühmten Nationalökonomens Keynes hätten ledig-lich hinterher zur Drapierung gedient. Der Zwang zur Aufgabe des Goldstandards war wesentlich eine Folge der Hege der Kon-servativen gegen die damalige Arbeiterregierung.

Englands Beispiel reize keineswegs zur Nachahmung. Unverständlich sei, wie überzeugte Kapitalisten eine Binnenwährung und Autarkie fordern könnten, da eine Zwangswirt-schaft die notwendige Folge sein müßte. Die Zins-sätze seien in Deutschland zweifellos objektiv zu hoch, deshalb, weil alle Gläubiger fürchteten,

betrogen zu werden (durch Kollektivbankrott!). Diese Furcht, die Vertrauenskrise werde so lange fortbestehen, solange täglich neue Währungs-experimente vorgeschlagen würden. Und wo der Versuch einer Kreditausweitung (Wagemann) enden würde, konnte niemand sagen.

## Kommunkredit in der Krise

Vor einigen Tagen berichteten wir über einen Vortrag des früheren Berliner Räumers Dr. Karding. Wir sprachen unsere Bewunderung aus, daß Karding als früherer Stadtkämmerer

## Merkwürdiger Kindl-Abschluß

### Immer noch 16 Prozent Dividende — Und doch Zusammenbruchgeschrei

Die neuen aktienrechtlichen Vorschriften erfor-derten bei der Berliner Kindlbrauerei K.-G. zum erstenmal für den Abschluß vom 30. September 1932 eine Änderung der Erfolgs- und Bilanzziffern, ein Umstand, der den Vergleich mit den Vorjahren wesentlich erschwert. Augenscheinlich hatte aber die Verwaltung kein Interesse daran, die Lektüre der Abschlußziffern (und die Bilanzkritik!) zu erleichtern — ein ge-naueres Studium kommt nämlich zu dem frap-panten Ergebnis, daß der Reingewinn dieses Jahres höher war als der des Vorjahres, aller-dings zum Teil infolge Auflösung stiller Re-serven.

Der Reingewinn wird mit 1,6 Mill. Mark gegen 2,6 Mill. Mark im Vorjahr ausgewiesen — aber das ist eine glatte Irreführung. Im Vor-jahre war nämlich der Betrag für die ausgelassenen Genußscheine im Reingewinn enthalten, in diesem Jahre ist er vorher abgesetzt (0,8 Mill. Mark), so daß sich schon dadurch der Reingewinn auf tatsächlich 2,25 Mill. Mark erhöht.

Der diesjährige Reingewinn erscheint aber auch deshalb kleiner, weil die

### Abschreibungen von insgesamt 1,7 auf 2,1 Mill. Mark erhöht

wurden. Das Konto Wertpapiere (0,9 Mill. Mark) enthält nur festverzinsliche Papiere, die auf den niedrigsten Kurs dieses Jahres herunter-geschrieben wurden. Darin steckt also eine stille Reserve von etwa einer Viertelmillion Mark. Zugegeben wird in diesem Jahre, daß das Konto Kreditoren im Vorjahre (0,75 Mill. Mark) fast ausschließlich eine Reserve war, die jetzt auf-gelöst wurde; dafür wird offen eine Einlaufs-reserve von 0,5 Mill. Mark ausgewiesen. Die Vorräte werden mit 1,6 gegen 2,5 Mill. Mark angegeben. Die flüssigen Mittel (Kasse, Bank-guthaben) übersteigen mit 6,6 Mill. Mark jetzt das gesamte Aktienkapital.

Daß der Reingewinn tatsächlich höher als im Vorjahre war, wird eindeutig bewiesen durch die Zankienziffer. Zwar erscheinen sie in

der Erfolgsrechnung mit nur 176 000 Mark gegen 234 000 Mark; man muß aber die (vorher abge-setzte!) Tantieme für die fertigen Genußscheine hinzurechnen, und dann kommt man zu einer

### Gewinntantieme von 260 000 Mark gegen 234 000 Mark im Vorjahre.

260 000 Mark für acht Aufsichtsrats-mitglieder sind 32 500 Mark je Kopf, zusätzlich 2000 Mark feste Ver-gütung ergibt das 34 500 Mark. Für die „Anpassung an die Armut der Kation“ ist hier noch ein großer Spielraum!

Die Dividende ist um 2 Proz. gesenkt wor-den und macht für die 1,14 Mill. Mark Stamm-aktien 14 Proz., für die 5,9 Mill. Mark Priori-tätsstammaktien 16 Proz. aus. Rechnet man die Genußscheindividende und den Tilgungsbetrag gleichmäßig um, so kommt man zu einer Ge-samtdividende von 26 (bzw. 24) Proz. Gewiß muß man bei der Beurteilung dieser phantastischen Ziffern berücksichtigen, daß das Kapital bei Kindl verhältnismäßig niedrig ist, aber sicherlich nicht mehr als um ein Drittel. Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß bei Kindl allerdings auch mehr als üblich für Wohl-fahrtsanstalten und Unterstützungsfonds für Arbeiter und Angestellte getan wird.

Wie die Verwaltung es fertig bringt, zu schreiben, die heutige Steuerbelastung „muss in absehbarer Zeit zum Ruin führen“, ist einfach lächerlich und erfordert die schärfste Zurück-weisung. Die angesichts der großen Finanznot recht großzügige Biersteuerentung im Frühjahr dieses Jahres hat zugegebenweise nichts genützt. Der Bierabsatz bei Kindl ist gegenüber dem Vorjahre um 13 Proz. gesunken. Auf eine Belebung des Biergeschäfts kann erst gerechnet werden, wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht und die Kaufkraft steigt. Bei solchen Dividendensätzen und Tantiementen ist das Zu-sammenbruchgeschrei der Kindl-Verwaltung ein blühiger Hohn auf die Not des deutschen Volkes.



# SCHICKSAL MASCHINE

ROMAN VON STEFAN POLLATSCHKE

(Copyright Saturn-Verlag.)

(Schluß.)

„Wollen Sie uns nicht endlich sagen, wessen Sie uns für fähig halten und welche Lumperei Sie uns zumuten; um etwas anderes wird es sich doch kaum handeln.“

„Wenn Sie sich nicht sofort anderer Manieren bedienen, laß ich Sie prügeln“, schrie der Kanzler mit sich überschlagender Stimme.

„Ich möchte doch sehen, ob Sie es wagen, einen Gewählten des Volkes zu prügeln.“

„Sehen Sie, ich wage es“, lachte der Kanzler und hieb mit der Reitgerte dem alten Manne einen nicht allzu heftigen Schlag über die Beine.

„Ich möchte wissen, wer uns das unterlassen könnte. Wir werden bald mehr wagen. Ihr werdet staunen! Ja, jetzt haben wir die Macht in Händen, wir sind festen Willens, von ihr den Gebrauch zu machen, der uns beliebt. Seht Ihr nun, wie das ist, wenn man die Macht hat? Hättet Ihr sie, dann ließe Ihr uns henken. So müssen wir es tun, wenn wir nicht wollen, daß Ihr uns morgen aufknüpft.“

„Also schön, in Gottes Namen, lassen Sie uns endlich ermorden“, warf einer der sozialistischen Führer ein, „aber schenken Sie sich und uns Ihre Fabelsprüche.“

„Noch sind wir nicht so weit, meine Herren! Noch gibt es ein Mittel, um Ihr Los erträglich zu gestalten. Sie haben beschloffen, morgen früh einen Demonstrationsszug der gesamten Partei zu veranstalten?“

„Ja!“

„Sagen Sie ihn ab, und Sie sind alle frei, sofort. Ich lasse Sie noch heute nacht über die Grenze schaffen und von dort aus können Sie dann gegen mich gehen, solange Sie wollen und Lust haben.“

„Der Demonstrationsszug findet statt.“

„So? Auch für diesen Fall habe ich meine Vorkehrungen getroffen. Erstens wird keiner von Ihnen, meine Herren, diesen Morgen überleben. Sie kommen in einer Stunde vor das Standgericht, sind in zwei Stunden verurteilt und in drei Stunden in einer anderen Welt.“

„Das sind gewiß keine angenehmen Ausichten“, sagte ein junger, langmähniar Mensch, und Wellins Herz schlug freudig, daß es nicht sein Sohn war, der so sprach.

„Das sind sicherlich keine angenehmen Ausichten, aber der Demonstrationsszug findet auch dann statt, wenn wir tot sind, Herr Kanzler.“

„Auch dann, wenn ich allen Unterführern ein ähnliches Ende bereite?“

„Auch dann, denn wir waren auch nicht ganz blind und haben Vorkehrungen getroffen.“

„Schön“, sagte der Kanzler, „aber darf ich fragen, was Sie eigentlich mit dieser Demonstration bezwecken? Militär und Polizei ist fest in unserer Hand, die Leute werden sich ja kaum sammeln können, ehe sie noch zu einander stoßen, werden sie schon vernichtet sein.“

„hm, hm“, schmunzelte der Bangmähniar.

„Warum siegt Ihnen denn dann so sehr daran, daß dieser Zug verhindert wird?“

„Das will ich Ihnen sagen. Es wäre mir angenehmer, dem Ausland zu zeigen, daß die Machtergreifung durch uns unblutig verlief. Ferner weiß ich wohl, daß Ihre Leute gut bewaffnet sind. Wenn wir auch spielend mit ihnen fertig werden, es wird doch viele Tote auf unserer Seite geben. Das wollen wir vermeiden. Darum schenke ich Ihnen die Freiheit, obwohl ich Sie lieber baumeln läße.“

„Nichts wird Sie an dieser Freude hindern. Keiner von uns wird die Felonie begen, die Sie von uns fordern.“

„Also Kampf?“ fragte leichtthin der Kanzler und zündete eine Zigarette an.

„Halt“, rief Wellin und drängte sich nach

vorn, so daß er dem jugendlichen Kanzler nunmehr knapp gegenüberstand. „Halt! Glauben Sie nicht, daß es sich um unser Leben handelt. Aber Sie selbst sagten vorher, daß auch auf Ihrer Seite Menschen fallen werden, wir wissen das gleiche. Muß das sein?“

„Sie veranstalten den Umzug und nicht wir.“

„Gewiß, weil Sie ungefällig die Macht an sich gerissen haben. Legt sie zurück, stüßt euch auf das Parlament und wir werden euch gehorchen, solange ihr die Mehrheit habt.“

„Hören Sie doch mit dem alten Dreck auf, Herr Wellin! Ueber solche Dinge spricht doch kein vernünftiger Mensch mehr. Wir haben die Macht und damit basta! Bist du Ihr parieren oder nicht?“

„Nein, tausendmal nein, wir wollen nicht als Knechte sterben.“

„Gut, meine Herren, wird zur Kenntnis

genommen. Sie werden also in wenigen Stunden als freie Männer gehenkt sein und morgen um diese Zeit dürften einige Tausende Ihrer Anhänger kaum mehr am Leben sein.“

„Aber auch von Ihnen werden viele ihr Heim nicht mehr sehen können, und wie der Kampf ausgeht, das ist noch ganz ungewiß.“

„Aber, meine Herren“, rief noch einmal Wellin, „es geht ja nicht um uns, bedenken Sie doch, daß viele Menschen getötet werden sollen!! Und wir stehen hier und dulden das?“

„Was wollen Sie dagegen tun, Vater Wellin?“ sagte gütig der Mähniar und hatte Mühe, den alten Mann abseits zu führen.

„Sie laden diese Blutschuld auf sich.“

„Wir haben uns zu verteidigen. Sie sind der angreifende Teil.“

„Nein, Sie greifen uns an.“

„Wir haben unsere Kultur, unsere Nation, unser Jahrhundert zu verteidigen.“

„Und wir haben die Menschheit, die ganze große Menschheit vor Ihnen zu schützen.“

„Noch einmal warne ich Sie, noch einmal, ehe es zu spät ist.“

„Wir wollen dies Blutmeer nicht, feierlich erkläre ich, daß wir daran unschuldig sind.“

„Ihre feierliche Erklärung wird Ihnen verdammt wenig helfen, weil Ihre Worte nicht mehr vernommen werden. Aber im Namen meiner Partei, im Namen des Volkes und der Nation erkläre ich, daß wir

nur in Notwehr handeln, um uns, unser Leben und das unserer Kinder zu schützen. Gott helfe uns.“

„Ihre Erklärung ist Lug und Trug. Auch wenn man Ihre Worte hört und unsere nicht, weil Sie uns den Atem ausblasen, ehe wir sie noch gesprochen haben, wird eine spätere Zeit uns hören. Es ist unwahr, daß Sie sich zu verteidigen haben. Sie sind es, die die Gewalt in die Welt gesetzt haben. Sie trachten uns nach Brot, Freiheit und Leben! Sie sind es, die die Menschheit schändende Ausbeutung verewigen wollen, und wir sind es, die wir uns wehren müssen! Ich kan nicht wie Sie Gott anrufen, aber wenn es einen gibt, er wird uns hören und zu uns stehen.“

„Genug“, sagte der Kanzler, „ist es Ihr letztes Wort? Ich lasse Ihnen genau zwei Minuten Zeit.“ Er war zur Seite getreten und betrachtete das Häuflein Männer überlegen und ein wenig höhnisch.

Wellin war es, der vortrat, und ein junger, mähniar Mensch hielt den alten Mann vorsichtig umfaßt, und eine milde leise Stimme sprach: „Der Demonstrationsszug findet statt.“

Der Kanzler schlug die Hände zusammen: „Adieu, meine Herren“, gab einen leisen Befehl und die Männer wurden aus dem Saal geführt. Es war Nacht geworden. Von weitem dämmerte es bereits, ein neuer Tag brach an.

Der Tag bricht an, der Kampf beginnt!

## Marie Antoinette

Stefan Zweig als Bildnismaler

Wenn Marie Antoinette, geboren am 2. November 1755 zu Schönbrunn und am 16. Oktober 1793 vom Pariser Revolutionstribunal auf die Guillotine geschickt, bis heute den Royalisten vielfach als Märtyrin, ja, als Heilige, den Jakobinern aber als Wesalina und als Ausbund aller Vastier und Verbrechen erscheint, fand schon Maxime de la Rocheterie die geschichtliche Wahrheit irgendwas zwischen den beiden Extremen, der Legende und dem Pamphlet. Diese Meinung teilt Stefan Zweig in seiner soeben erschienenen Biographie der Königin („Marie Antoinette, Bildnis eines mittleren Charakters.“ Mit zehn Bildtafeln. Im Insel-Verlag zu Leipzig), nur daß, im Gegensatz zu dem französischen Historiker, der deutsche Dichter mit Recht die Wahrheit nicht in zu großer Nähe der Legende sucht. In der Tochter der Kaiserin Maria Theresia sieht er „das leichtköpfige und hemmungslose Geschöpf“, das sie in der Tat war; sie ist ihm „eine laue Seele, ein mittlerer Charakter und, historisch gesehen, anfangs nur Stützpfeiler“. Viele „durchaus mittlere und politisch engstirnige Frau“ entwickelt sich als Kronprinzessin und Königin von Frankreich kaum und wenn, dann nicht zum Guten. Alles, was gründliches Ueberlegen oder systematisches Nachdenken erfordert, langweilt sie, die nie ein Buch zu Ende liest und jedem eindringlichen Gespräch auszuweichen weiß, unaussprechlich; sie hat nur für eines Sinn: ihr Vergnügen; Königin sein heißt für sie ausschließlich: „als die eleganteste, die koketteste, die bestangezogene, verwöhnteste und

vor allem die vergnügteste Frau

des Hofes bewundert zu werden“. Ihr Leben ist „ein ewiges, um das eigene Ich kreisendes Bemühtsein, das, keinem äußeren oder inneren Ziel zugewandt, menschlich und politisch einen völligen Leerlauf ergibt“.

Um das Bild dieses erlauchten Drogenbojeins festzuhalten, entfaltet Zweig alle bewährte Meisterhaftigkeit seiner großen Porträtkunst; welche Farben, welche Uebergänge, welche Töne, welche Zusammenklänge! Ebenso wird unter seinem Pinsel Marie Antoinettes stumpfer Gatte ganz plastisch, ein bescheidener Tropf, ein geistiger Kleinbürger, von Natur aus etwa zu einem verlässlichen Zollrevisor oder Kanzleidramten, nur nicht zum Herrscher bestimmt. Dazu ist Ludwig XVI. mit dem Verhängnis geschlagen, daß er Blei im Blut hat und jeder Entschlußkraft

ermangelt. In allem Wesentlichen bilden die Partner dieser Ehe einen schreienden Gegensatz: „er schwer, sie leicht, er plump, sie biegsam, er stockig, sie mouffierend, er nervenstumpf, sie flackerig-nervös“.

Daß Zweig, in psychologischen Deutungen wie nur ein heilsicherlicher Dichter bewandert, zur Erklärung dieser beiden Menschen und ihres Schicksals

das „Geheimnis des Alfoovens“

über Gebühr heranziehe, wurde ihm hier und da verdacht, aber schon als 1874 der Briefwechsel zwischen Maria Theresia und ihrem Vorgesandten in Versailles, Mercy-Argenteau, erschien, ein Werk, dessen drei Bände noch heute die wesentlichste und ergiebigste Quelle für die intime Kenntnis Marie Antoinettes sind, haben bei aller Zurückhaltung die Herausgeber in der Einleitung hervor, wie stark es auf den Charakter der Kronprinzessin und Königin eingewirkt habe, daß sich ihr Gatte, durch ein leichtes körperliches Hemmnis behindert, sieben Jahre vergeblich neben ihr abmühte, sie von ihrer Jungfräulichkeit zu erlösen. Erst ein kleiner ärztlicher Eingriff — es handelte sich um eine einfache Phimose — setzte ihn in den stolzen Stand, allen Ansprüchen zu genügen, die eine Frau an einen Mann stellen darf. Doch wenn Zweig „diese sieben Jahre des Verjagens“ auf dem Umweg über ihren Einfluß auf das Gemüt der Königin und auch des Königs mit weitreichenden politischen Folgen verknüpft, überschätzt er wohl diese Bettvorgänge. Daß der Bourbonne von Geburt ein Geheumter, ein Willensschwächling war, zeigt schon sein Zurückweichen vor der völlig gefahrlosen Operation, die ihn zum Mann machen sollte, und daß der Habsburgerin eine böse Fee die Vergnügungswut in die Wiege gelegt hatte, ward durch ihre Verstrickung in bedenkliche Streiche gerade nach ihrer ersten Mutterschaft erwiesen.

Ihre tiefere Schuld leugnet dem Zweig keineswegs; ihren Leichtsinns ohnegleichen, der sie vergessen ließ, daß hinter den vergoldeten Gittern ihrer eigenen winzigen Welt ein Millionenvolk arbeitete, hungerte und hoffte. „Aber

eine Königin, die ihr Volk vergißt,

wagt hohes Spiel. Eine Frage hätte Marie Antoinette die Welt aufgewan aber sie wollte nicht fragen. Ein Blick in die Zeit und

sie hätte begriffen, aber sie wollte nicht begreifen.“ Erst recht wollte sie nichts von der Revolution begreifen, die 1789 mit den Häuten ungebändig an die Tore des Königsschlosses zu hämmern begann.

Ja, sie, die mit turmhohem Tolpelt So stolz sich konnte gebaren, Die Tochter Maria Theresias, Die Entlein deutscher Cäsaren

betrachtete von vornherein jeden Rechtsanspruch der Nation als „eine ungebührliche Auflehnung des Pöbels“, und glaubte sich befugt, als der Frühling 1792 den Krieg zunächst mit Oesterreich und Preußen gebracht hatte, alles zu tun, um die Niederlage Frankreichs zu beschleunigen und den Sieg der Feinde zu befördern. Zweig macht kein Hehl daraus, daß das was Marie Antoinette betrieb, vollendet und

offener Hoch- und Landesverrat

hieß. Daß die Königin eben in dynastischen Begriffen eingekerkert war und dem nationalen Gedanken fremd und bekremdet gegenüberstand, gestattet wohl Zübilligung milderer Umstände, nicht aber Freispruch, und auch daß dem Revolutionstribunal jene unzweifelhaften Beweise für die Verbrechen der „Oesterreicherin“ fehlten, über die wir in Fülle verfügen, rührt nicht an den Kern der Sache.

Aber so glänzend das Werk ist, wo es um das Individualpsychologische geht, so wenig befriedigt es dort, wo es große historische Zusammenhänge zu erfassen sucht. Zweig ist ganz auf die individualistische Geschichtsbeachtung eingeschworen; er erörtert sogar einmal die Möglichkeit, daß es

gar keine französische Revolution gegeben

hätte, wenn Marie Antoinette nicht Königin von Frankreich geworden wäre! Daß es sich bei der Revolution um eine Umwälzung der Gesellschaftsordnung handelte, hinter der „der Geschichte eh'nes Ruh“ stand, kommt denn nirgends zum Ausdruck, und das Weiterrollen, das Weiterstreben der Bewegung entspringt bei ihm nicht objektiven Ursachen: dem Krieg und der durch ihn bedingten Lebensmittellteuerung und Hungernot, durch die die für die Landesverteidigung so wichtigen Volksmassen immer rabiatier wurden, sondern einer rätselhaften „Furcht aller, als gemüht zu gelten“. Mangelt es nicht an ähnlichen Wägriffen, so soll man doch nicht ungerecht sein. Zweig ist Porträtkist, nicht Historiker. Er wollte keine Geschichte der Revolution geben, sondern das Bildnis eines Charakters, und das ist ihm treffender und eindringlicher, farbiger und lebendiger gelungen als allen Hofmalern Marie Antoinettes zusammengekommen.

Hermann Wendel.

Wundervoll leichtes, hautschonendes Rasieren mit der glyzerinhaltigen

KALODERMA-RASIERSEIFE

Der cremartig milde, glyzerinhaltige Kaloderma-Rasierseife legt sich als feine Gleitschicht zwischen Klinge und Haut und verhindert jede mechanische Reizung: Die Klinge schabt nicht — sie gleitet. Ein unvergleichlich leichtes, müheloses und schnelles Rasieren, auch des härtesten Bartes. Überall erhältlich. Das Stück 60 Pfennig. F. WOLFF & SOHN K A R L S R U H E



# Hungerjystem der Reichsbahn

## Verzweiflung der Eisenbahnerfrauen

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie wir bereits gemeldet haben, einen Antrag zum Schutze der Reichsbahnarbeiter eingebracht.

Die Reichsbahn hat bei etwa 35 000 bis 40 000 Reichsbahnarbeitern für die nötige „Weihnachtsstimmung“ gesorgt. Wir berichten seinerzeit über die Entlassung von 32 000 Reichsbahnunterhaltungsarbeitern zum 1. Oktober, von denen schließlich ab 15. Oktober nach und nach wieder ein erheblicher Teil — nach den Angaben der Reichsbahn zwischen 35 000 bis 40 000 — wieder eingestellt wurden, jedoch nur als Zeitarbeiter für wenige Wochen.

Diese Wiedereingestellten, darunter viele, die ihr Leben im Dienste der Reichsbahn verbracht haben, sind in den letzten Tagen wieder entlassen worden. Alle die Ende September Entlassenen und auch

### die jetzt entlassenen „Wiedereingestellten“

waren zum größten Teil Jahre und Jahrzehnte lang im Betriebs- und Verkehrsdiens, oftmals sogar als Beamtenstellvertreter, tätig und hatten geglaubt, sich durch ihre Beitragszahlung zur Ruhestandsrente einen ruhigen Lebensabend gesichert zu haben. Diese Arbeiter wurden nur in die „Bahnunterhaltung“ abgehoben, um

als „Zeitarbeiter“ wegen Arbeitsmangel entlassen zu werden, während im Betrieb- und Verkehrsdiens, aus dem sie kamen,

nach wie vor 54 bis 57 Stunden in der Woche gearbeitet wird!

Wegen dieser Methode, die wie eine Sabotage der Arbeitsbeschaffung anmutet, kämpft der Einheitsverband der Eisenbahner immer wieder an, ohne jedoch bei den zuständigen Stellen Verständnis zu finden. Der sonst so forschende Reichsregierung scheint die Reichsbahn ein Blümchen, rührt mich nicht an, zu sein. Während es bisher nicht möglich war, von den 35 000 bis 40 000 „überflüssigen“ Bahnunterhaltungsarbeitern die Arbeitslosigkeit abzuwenden, ist es den Bemühungen des Einheitsverbandes der Eisenbahner gelungen, für die Werkstättenarbeiter, die in jeder Woche eine Feiertagsruhe haben, die Aufhebung einer Feiertagsruhe für den Monat Dezember zu erreichen. Aber auch diese Maßnahme, um die schwerer Gerungen werden mußte, reicht nicht aus, den schon lange Zeit

### zu äußerst niedrigen Löhnen verkürzt arbeitenden Werkstättenarbeitern

eine sorgenfreie Weihnacht zu schaffen. Wie schlecht es den Arbeitern in den Ausbesserungswerkstätten der Reichsbahn geht, darüber gibt der Brief eines

Reichsbahnarbeiters aus Schwerte Auskunft, der in der Nr. 49 des Verbandsorgans des Einheitsverbandes der Eisenbahner, „Der Deutsche Eisenbahner“, abgedruckt ist und in dem es heißt: „Für unzählige Arbeiter in den Ausbesserungswerken beträgt das Monatseinkommen nur 80 bis 90 Mark. Von diesem Lohn zahlen sie in der Siedlung Kreibitz bei Schwerte 32 bis 40 Mark Miete. Wir haben zu verzehren, daß Familienväter mit 10 bis 15 Personen in den Wägen, in welchen die Miete abgezogen wird,

mit 50 Pf., mit 1 M., und, wenn es gut geht, mit 2 M. Lohn

nach Hause gehen müssen... Es muß mit allem Nachdruck dahin gearbeitet werden, daß diese Kollegen so viel an Lohn erhalten wie sie unbedingt zu ihrem Leben brauchen. Fürsibar sind oft die Szenen, die sich beim Betriebsrat abspielen. Da kommen die Frauen der Kollegen mit ihren Kindern und sagen: „Wir sind nicht in der Lage, diese zu ernähren. Sorgen Sie dafür, daß sie am Leben bleiben. In sehr vielen Fällen sind unsere Kollegen, die in solchem Betrieb beschäftigt werden, gezwungen, die Wohlfahrtsämter in Anspruch zu nehmen.“

Und dieser himmelschreiende Skandal spielt sich in einem Reichsbetrieb ab! Es ist höchste Zeit, daß Reichstag und Reichsregierung diesem gemeingefährlichen Hungerjystem ein Ende machen.

## Die neue Einheitsfront Und eine neue Niederlage

Im Eisenwerk Müller u. Co. in Schwelm in Westfalen ist nach fast zweimonatlicher Dauer ein Streik zusammengebrochen, der, genau wie der Berliner Werksstreik, gemeinsam von Kommunisten und Nationalsozialisten „geführt“ worden ist.

Die Firma wollte ab 24. Oktober die über-tariflichen Löhne und Afforde erheblich kürzen und kündigte zu diesem Zweck die gesamte 423 Köpfe zählende Belegschaft zum 22. Oktober. Für die Affordarbeiter wurde die Kündigung wieder zurückgenommen, nicht aber für die Lohnarbeiter. Trotz der Forderung der Gewerkschaftsvertreter, bis zum Kündigungs-termin noch im Betrieb zu bleiben und bis dahin zu versuchen, den Lohnabbau durch Verhandlungen abzumildern, beschloß die zu mehr als 75 Proz. unorganisierte Belegschaft in einer Betriebsversammlung in Abwesenheit der Nachschicht mit 219 gegen 52 Stimmen, am 12. Oktober nicht mehr zur Arbeit zu erscheinen.

Aus acht KPD- und vier NSDAP-Beuten wurde eine Verhandlungskommission gebildet, die von der Firma nach dem Ausbruch des Streiks die Zurücknahme der Lohnabbaumaßnahmen und die Wiedereinstellung der Belegschaft verlangen sollte. Das Einheitsfrontkomitee wurde aber von der Firmenleitung garnicht angehört. Das antifaschistische und antikomunistische Einheitsfrontkomitee der KPD und NSDAP betätigte sich dann solange als „Streikleitung“, bis die Belegschaft in dieser Woche den Abbau des Streiks beschloß und sich der Firma zur Verfügung stellte. Die Firma sitzt jetzt auf hohem Ross. Sie will nur noch „Wiedereinstellung im Rahmen der Betriebsmöglichkeiten“ vornehmen. Der Metallarbeiterverband hat seine Mitglieder bis zum letzten Tage unterstützt, im übrigen der kommunistisch-nationalsozialistischen Streikleitung die Führung überlassen.

Man darf wohl sagen, daß sich die Arbeiter glänzend geschlagen haben. Nach Wochen blutigen Sie Stands. Aber die „Führung“ der Nationalsozialisten hat desto gründlicher verlagert. Man kann nur hoffen, daß die Unorganisierten des Eisenwerks in Schwelm nunmehr die Konsequenzen aus der Niederlage ziehen und sich der Gewerkschaft anschließen werden.

## Chauffeurstreik in Halle

Halle, 9. Dezember.

Das Fahrpersonal der halleischen Kraftwerke hat seit Donnerstag, 22. Uhr, zum größten Teil die Arbeit niedergelegt. Der Grund zur Arbeitsniederlegung liegt in Lohn- und Tarifstreitigkeiten. Es handelt sich um die von den Unternehmern beschlossene Herabsetzung des Schichtlohnes von 3 auf 2,50 M.

## Arbeitslosentaffen Eine dänische Einrichtung

Die staatlich anerkannten Arbeitslosentaffen der dänischen Gewerkschaften, die laut Gesetz verpflichtet sind, ihre Mittel selbstständig, also getrennt von den übrigen Verbandsmitteln zu verwalten (was jedoch nicht verhindert, daß der Verband und seine Arbeitslosentaffe unter derselben Leitung stehen), hielten neulich ihre jährliche Tagung in Kopenhagen ab. Aus dem auf

dieser Tagung vom Arbeitsdirektor erstatteten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die staatlich anerkannten Arbeitslosentaffen jetzt insgesamt 321 879 versicherte Mitglieder zählen. (Insgesamt gibt es in Dänemark 354 000 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, wovon 286 000 in der freigewerkschaftlichen Bundeszentrale.) Im Berichtsjahre ist die Mitgliederzahl um 20 851 oder 6,9 Proz. gestiegen. Die Einnahme der Rassen aus Mitgliederbeiträgen belief sich auf 20 038 859 Kronen. Der Staatszuschuß betrug 4 794 108 Kronen, der Zuschuß der Gemeinden 4 216 142 Kronen, zusammen also rund 45 Proz. der Beiträge.

Die Gesamtausgabe der Rassen an Unter-tütigungen betrug 31 430 841 Kr., die Ausgaben für Arbeitsnachweis und Verwaltung 1 613 877 Kr. Pro Mitglied betrug der Beitrag im Berichtsjahre 61 Kr. und die ausgezahlte Unterstützung 99 Kr. Die Höhe der Unterstützung pro verlorengegangenen Arbeitstag betrug im Durchschnitt (Industriearbeiter, Landarbeiter und Frauen) 2,99 Kr. (2,10 M.). Die Ausgaben für Verwaltung betragen 9,63 Proz. der Mitgliederbeiträge oder 5,82 Kr. pro Mitglied. Das Gesamtvormögen der Rassen beträgt 16 800 891 Kronen.

## Erziehungsmethoden in Sowjetrußland

In einem Zeitraum von fünf Jahren kann mit dem nötigen Geld und Kredit vieles geschaffen werden. Das hat Sowjetrußland gezeigt. Die modernsten Industrieanlagen können errichtet, Architekten und Ingenieure aus allen Ländern dazu herangeholt werden, nur in einem Punkte kann die Entwicklung nicht übersprungen werden: die Verwandlung einer vorwiegend bäuerlichen Arbeiterklasse zur modernen Industriearbeiterklasse. Der notwendige Erziehungsprozeß kann abgekürzt und beschleunigt werden, doch mit Gewalt und Antreiberei allein geht es selbst nicht unter der Diktatur.

In den Dienst dieses Erziehungsprozesses wird neuerdings wieder der Hunger als Antriebsmotor gestellt. Erst kürzlich wurde ein Erlass bekannt, wonach zur Hebung der Arbeitsdisziplin die Strafe, die bisher bei dreimaligem unentschuldigtem Fernbleiben von der Arbeit angedroht war, schon bei einmaligem bzw. einjährigem unentschuldigtem Fernbleiben verhängt wird, die sofortige Entlassung, die gleichbedeutend ist mit einer gründlichen Hungerkur, da der Entlassene nicht gleich wieder neue Arbeit bekommt.

Jetzt ist ein neuer Erlass erfolgt, der das Problem von einer anderen Seite her anspricht. Es ist nicht so, daß etwa nur die Betriebsleiter über das Verhalten der Arbeiter zu klagen hätten. Die Arbeiter haben ständig Klagen zu führen über mangelhafte Verpflegung. Auch die Liebe zur Arbeit geht durch den Magen. Daß der Arbeiter, der sich sattessen kann, lieber arbeitet als der, der bei seiner Arbeit hungern muß, liegt klar auf der Hand. Daraus soll jetzt die Anwendung gezogen werden. Doch nicht in der Richtung, daß die Ernährung allgemein gehdrig verbessert wird, sondern durch den individuellen Anreiz, daß der, der mehr arbeitet als die anderen, besser essen darf als sie.

Der Satz: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, kann erst gelten, wenn jeder, der ordentlich arbeitet, auch ordentlich zu essen hat.

Eine Fabrik in der Ukraine hat in ihrer Speisekammer und ihrer Verkaufsstelle verschiedene Preise für die Arbeiter eingeführt, und zwar je nach der Qualität und Quantität ihrer Arbeit. Davon ausgehend, soll die Verpflegung an sich besser organi-

siert werden und der Arbeitseifer angefaßt werden, durch die Aussicht auf Bevorzugung bei der Verpflegung. Dabei wird der Arbeiter an den Fabrikbetrieb gefesselt.

Um dem angeblichen Mißbrauch mit den Lebensmittelbezugskarten vorzubeugen, werden diese Karten für die Arbeiter und ihre Familien nur nach den Lohnlisten ausgegeben. Sie gelten nur in den Verkaufsstellen der eigenen Fabrik und werden bei Entlassung eingezogen.

## Richtigstellung Kommunistischer Schwindel

Nach ihrem Motto: „Alles was in den Gewerkschaften und den Betrieben von den „Rationalisten“ getan wird, muß heruntergerissen werden“, hat die kommunistische Presse sich wiederholt mit der Kohlenverförgung durch die Berliner Brennstoff-Gesellschaft befaßt. Die „Welt am Abend“ (Nr. 277) brachte es sogar fertig, der Firma Osram zu unterstellen, sie verdiane bei der Kohlenlieferung an die Arbeiter.

Der Gesamtbetriebsrat bei Osram hat auf allgemeinen Wunsch der Belegschaft der BSB die Belieferung mit Heizmaterial übertragen. Die Bestellung erfolgt zu Sommerpreisen, die Bezahlung in vier Monatsraten für Angefallene, in 14 Wochenraten für Arbeiter, wo-

bei die erste Woche im Monat mit Rücksicht auf die Miete ausfällt ebenfalls in Monatsraten. Der Gesamtbetriebsrat vereinbart die Preise und prüft Beschwerden. Jeder einzelne Arbeitnehmer bestellt persönlich. Die Bestellheine werden gesammelt und gehen zur BSB.

Die nicht unerhebliche Vermaltungearbeit wird von der Firma kostenlos belorgt. Die Firma verdient also nichts dabei, wie sie auch keine Haftung der BSB gegenüber übernimmt und hat mit der ganzen Angelegenheit überhaupt nichts weiter zu tun.

Der Gesamtbetriebsrat weist daher die Unterstellung des Blattes entschieden zurück.

## Holzarbeiterstreik Der einzige Streikbrecher

Das Holzgewerbe in Halle ist von einem scharfen Lohnkonflikt heimgesucht. Der Arbeitgeberverband hatte seine Mitglieder angewiesen die ohnehin schon von 114 auf 88 Pfennig gestützten Stundenlöhne für die Bau- und Möbelmacher um weitere 6 Pfennig zu senken. Die Holzarbeiter, die das Lohnkürzungsgebot ablehnten, wurden ausgesperrt. Ein erheblicher Teil der Unternehmer zahlt jedoch die Löhne in der bisherigen Höhe weiter. Einigungsverhandlungen, die der Vorsitzende des staatlichen Schlichtungsausschusses Halle unternommen hatte, scheiterten an dem strengen Verhalten der Hauptkartellmacher, so daß der Kampf im halleischen Holzgewerbe in verhärteter Form weitergeht. Der einzige Streikbrecher, der sich bis jetzt gefunden hat, ist Mitglied von „Rot Sport“. Was macht die KPD mit diesem Früchtchen ihrer Erziehung?

## Faschistische Freiheit

Die Gewerkschaftspressen in Ungarn wird durch drakonische Gerichtsurteile getriebelt. Der „Lebensmittelarbeiter“ hatte einen Artikel über das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien veröffentlicht, weil die Bäckermeister bei der Regierung durch eine Verordnung wieder einmal die Abschaffung des Verbotes forderten. Für das Gericht war das Grund genug, den Verfasser des Artikels, Gregor Marosjan, wegen „Aufreizung“ zu einem Monat Gefängnis zu verurteilen. Im „Mehrgelerarbeiter“ war in verschiedenen Artikeln auf die unbefreitbare Tatsache hingewiesen worden, daß Berge von Weizen und Roggen ins Meer geschüttet werden, während Millionen in der Welt hungern. Das Gericht ahndete diesen Hinweis mit einer Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Rückgang der faschistischen Gewerkschaften in Italien. Amtlichen italienischen Mitteilungen zufolge ist die Mitgliederzahl der faschistischen Gewerkschaften vom 1. Januar bis 1. Juli d. J. von 1 613 472 auf 1 040 087 für die Unternehmer und von 3 732 930 auf 2 413 866 für die Arbeitnehmer zurückgegangen.

# Schafft Arbeit - nicht Behörden!

## Macht die Gemeinden mobil!

Endlich ist man in Deutschland soweit, einzusehen, daß es ohne die von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei seit Jahr und Tag geforderte Arbeitsbeschaffung nicht geht. Ihr Vorschlag, die für Reueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten Steuerguldscheine zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden, hat in der Öffentlichkeit Zustimmung gefunden. Man darf also wohl annehmen, daß nun endlich einmal zur Tat geschritten wird. Das ewige bloße Gerede über Arbeitsbeschaffung hängt der Bevölkerung bald zum Hals heraus.

Wir haben einen Arbeitsbeschaffungskommissar. Dr. Gerets ist ein talentvoller Mann, und auch ein Mann, der hohe Dämme hat. Wir fürchten, daß auch er zunächst einmal den Boden einer neuen Behörde auszuzeichnen versucht. Für den Arbeitsbeschaffungskommissar gibt es andere Betätigungsmöglichkeiten. Dr. Gerets sollte sich — das wird auch in der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des ADGB, hervorgehoben — einmal um die Siedlungsfrage etwas kümmern. Man hat sie seinerzeit dem Reichsarbeitsministerium übertragen. Die Folge war, daß die Siedlung verfiel. Der Fehler gehört repariert. Auch empfiehlt die „Gewerkschaftszeitung“, sich einmal davon zu überzeugen, ob der Hausbesitz die 200 Millionen Mark wirklich ausgedrückt hat, die es für Reparaturarbeiten zu den bereitgestellten 50 Millionen Mark des Reiches zuzuführen sollte. Man weiß nur, daß der Reichszuschuß verbraucht ist; sonst aber fehlt Klarheit.

Wir brauchen nicht gleich drei Arbeitsbeschaffungs- oder gar Arbeitsmarktpolitiker in der Reichsregierung. Einem genügt. Und daher müssen

sowohl die Arbeitsbeschaffung wie der freiwillige Arbeitsdienst und alle Aufgaben zur Entlastung des Arbeitsmarktes in eine Hand, in die des Arbeitsministers kommen. Von oben her brauchen wir in erster Linie die Sicherung einer klaren und einheitlichen Linie. Die Durchführung aber kann nicht von oben her kommandiert — sie muß von unten her angepaßt und bewältigt werden. Die Gemeinden müssen mobil gemacht werden. Und zwar so rasch wie möglich. Im Winter kann man im allgemeinen öffentliche Arbeiten nicht durchführen.

Der Winter muß zur Fertigstellung konkreter Arbeitsbeschaffungspläne benutzt werden, damit im März keine Zeit mehr verflummt zu werden braucht.

Jede Gemeinde mit über 2000 Einwohnern muß ihren Arbeitsbeschaffungsplan aufstellen. Sie muß die Frage beantworten, welche öffentlichen Arbeiten, die sonst nicht gemacht würden, bei ihr zur Durchführung kommen können — Arbeiten, die etwa 20 Proz. der Arbeitslosen der betreffenden Gemeinde in Arbeit bringen. Die Gemeinden sollen sich nicht in eine uferlose Projektmacherei verlieren, sondern einen Arbeitsbeschaffungsplan fertigstellen, der vollständig ausgearbeitet und von den Sachleuten überprüft und gebilligt ist. Selbstverständlich müssen die Vorschläge von volkswirtschaftlichem Wert sein. Die Vorschläge der Gemeinden sollen eine Art Wettbewerb darstellen. Bis zum 1. März muß die Mobilmachung für die öffentlichen Arbeit fertig sein. Selbstverständlich muß man über die Landesarbeitsämter und oben bei den Gemeinden durch bestimmte Richtlinien und Anweisungen ihre Aufgabe erleichtern.

Anfangen, anfangen! Das muß jetzt die Parole für die Arbeitsbeschaffung sein.